

## Rezensionen / Recensions / Recensioni

Bruno Meier, 1291. *Geschichte eines Jahres*, Baden: Hier und Jetzt, 2018, 198 Seiten.

Dass Wilhelm Tell ins Reich der Mythen gehört, ist mittlerweile auch in den abgelegenen Bergtälern bekannt. Schwieriger verhält es sich mit Rütli Schwur und Bundesbrief, die im volkstümlichen Bewusstsein der Schweiz untrennbar miteinander verschmolzen sind, obwohl es sich eigentlich um zwei völlig unterschiedliche Traditionen handelt: Schon mittelalterliche Chronisten berichteten von einer nächtlichen Verschwörung der drei Länder Uri, Schwyz und Unterwalden auf dem Rütli. Im 16. Jahrhundert datierte Aegidius Tschudi diese auf den 8. November 1307. Der sogenannte Bundesbrief wurde hingegen erst im 18. Jahrhundert wiederentdeckt und ab dem 19. Jahrhundert als Gründungsdokument der Eidgenossenschaft betrachtet. Das auf Anfang August 1291 datierte Dokument kam gerade recht, als die Schweiz 1891 das Bedürfnis verspürte, sich selbst mit einem Nationalfeiertag zu zelebrieren. Bis der 1. August landesweit als gesetzlich geregelter Feiertag eingeführt wurde, dauerte es zwar noch geraume Zeit. Doch bei den alljährlichen Feierlichkeiten in den Gemeinden mit Ansprachen, Feuerwerk und Höhenfeuern setzte sich schnell die Vorstellung durch, die Schweiz sei am 1. August 1291 auf dem Rütli gegründet worden.

Es ist daher sehr zu begrüßen, dass der Historiker und Verleger Bruno Meier den Versuch unternimmt, zu erklären, was 1291 wirklich passiert ist. Ein Versuch im besten Sinn des Wortes, denn das Ergebnis liest sich wie ein literarischer Essay – nicht nur wegen seiner angenehmen Kürze und seiner lockeren formalen Gestaltung mit Flattersatz in grossen Lettern. Ähnlich wie Günther Grass in «Mein Jahrhundert» (1999) für jedes Jahr des 20. Jahrhunderts eine Geschichte erzählt, schreibt Meier für jeden Monat des Jahres 1291 ein Kapitel, in denen er jeweils einen anderen Fokus wählt. Folgt man im Januar zunächst König Rudolf von Habsburg, so schwenkt der Blick im Februar nach Baden, um im März auf den Gotthardpass und im April auf die Stadt Luzern zu fokussieren. Als weitere Schauplätze folgen Murten, Strassburg, Speyer, Payerne, Kerzers, Rapperswil und Wil.

Allein schon diese Ortswahl macht deutlich, dass sich die Erzählung bei Weitem nicht auf die Ereignisse in den «Urkantonen» beschränkt: Diese würden aufgrund des dürftigen Quellenmaterials kaum genügend Stoff für ein ganzes Buch liefern – schon allein deswegen eigneten sie sich auch so gut als Projektionsfläche (S. 171–176). Vielmehr zeigt Meier auf, wie intensiv das Gebiet der heutigen Schweiz mit dem europäischen Umland vernetzt war. Was die Habsburger und ihre Gegner in Österreich, Ungarn, Italien oder England entschieden, hatte Auswirkungen bis nach Zürich, Bern und Luzern. Zumindest am Rand wird ausserdem erwähnt, dass 1291 das Ende der Kreuzfahrerstaaten im Nahen Osten bedeutete, wobei mit Burkhard von Schwanden als Hochmeister des Deutschordens auch ein Adliger aus der Region Bern eine etwas unrühmliche Rolle einnahm. Ebenfalls erwähnt wird, dass 1291 eine erste, allerdings erfolglose Expedition losgeschickt wurde, um Indien auf dem Seeweg zu erreichen und dass der Venezianer Marco Polo im gleichen Jahr die Rückreise von China nach Westen antrat und dabei nach eigenen Angaben als Kuppler für den mongolischen Khan auftrat. Trotz seiner helvetozentrischen Ausrichtung bietet das Buch also einen Ausblick weit über den Röstitellerrand hinaus.

Die Ereignisse des Jahres 1291 inszeniert Meier fast wie ein Schiller'sches Drama: Dem Text stellt er eine Liste der «Hauptpersonen» (S. 12–13) voran, die er in einem «Personenregister» im Anhang (S. 184–190) noch ausführlicher vorstellt. Gerahmt wird

die Erzählung von einem «Prolog» (S. 17–23) und einem «Epilog» (S. 153–169). Im Zentrum der Handlung steht der greise König Rudolf von Habsburg, dessen Tod im Sommer 1291 zum Auslöser für eine Kette von Ereignissen wird, welche die politischen Verhältnisse in Europa nachhaltig verändern. Denn seinem Sohn Albrecht, den Rudolf geschickt als Thronfolger aufgebaut hat, stellt sich eine wachsende «anti-habsburgische Koalition» (S. 122) gegenüber. Dabei handelt es sich aber nicht um die freiheitsdurstigen Bauern aus der Innerschweiz, sondern vielmehr um adlige Konkurrenten wie die Grafen von Savoyen (S. 23, 78), welche die habsburgische Herrschaft im Westen bedrohen, während von Osten her der ungarische König Andreas nach Österreich einfällt (S. 96) und der steirische und tirolische Adel zu rebellieren beginnt (S. 127). Und wie bei jedem klassischen Drama gibt es auch hier einen Gegenspieler aus der eigenen Familie, nämlich den gleichnamigen Vetter von König Rudolf, seit 1274 Bischof von Konstanz und Vorstand des laufenburgischen Zweigs der Habsburger, der sich durch die aggressive Expansionspolitik der habsburgischen Hauptlinie zunehmend bedrängt sieht. Unter seiner Führung formiert sich im Gebiet zwischen Genfersee und Bodensee der Widerstand gegen Albrecht, dem sich die Reichsstädte Zürich und Bern sowie schliesslich Luzern, das erst 1291 habsburgisch geworden war, anschliessen. Es kommt zu einem zermürbenden Fehdekrieg in der Ostschweiz, bei dem habsburgische Truppen das Städtchen Wil zerstören und Zürich belagern (S. 154–158).

Diese unsichere, wechselvolle Zeit bot für die aufstrebenden Städte und Talschaften zwischen Alpenkamm und Rhein Gelegenheit, sich als neue Ordnungsmächte ins Spiel zu bringen – wobei man noch längst nicht von einer gemein-eidgenössischen, aber ebenso wenig von einer zürcherischen, schwyzerischen oder ernerischen Politik ausgehen darf. Vielmehr zeigt Meier schlüssig auf, dass es auch innerhalb der Orte einzelne Persönlichkeiten oder Clans wie die Mülner und Manesse in Zürich, die Stauffacher und Ab Iberg in Schwyz oder die Schüpfer und Fürst in Uri waren, welche Politik in ihrem Sinn betrieben, Allianzen schmiedeten und mehr oder weniger erfolgreich versuchten, ihre Gegner auszuschalten.

Um sich nicht nur gegen aussen, sondern auch gegeneinander abzusichern, wurden nun allerlei Bündnisse geschlossen. Während sich Bern mit Savoyen verbündete (S. 105–108), stellten sich die Talleute von Uri und Schwyz ebenso wie die Gräfin Elisabeth von Rapperswil in den Schutz der Stadt Zürich (S. 135–137). Gut möglich, dass im gleichen Zusammenhang auch ein Bündnis zwischen Uri, Schwyz und Unterwalden geschlossen wurde. Allerdings ist einiges unstimmig an der entsprechenden Urkunde von Anfang August 1291, so dass auch Meier nicht abschliessend zu beurteilen vermag, ob das eigentümliche Schriftstück wirklich echt ist (S. 108–113). Aber vielleicht ist dies auch gar nicht so wichtig, denn wie die Lektüre dieses Buchs zeigt, war die Zeit um 1291 ohnehin entscheidend für Entwicklungen, die nicht nur die nachmalige Eidgenossenschaft, sondern ganz Europa betrafen. Sie zeigt aber eben auch, dass solche Bündnisse charakteristisch waren für jene Zeit, ohne dass man jedes von ihnen gleich zur *Magna Charta* der Schweiz erhoben hätte.

Genau darin liegt Meiers Verdienst: Er befreit das Jahr 1291 von der teleologischen Optik der Staatsgründung und zeigt stattdessen auf, wie sich die komplexen mittelalterlichen Machtverhältnisse allmählich zu verschieben begannen. In diesem Sinn dient Meiers Buch dazu, die Thesen seines viel zu früh verstorbenen Lehrers Roger Sablonier zu popularisieren. Wie dessen letztes Werk «Gründungszeit ohne Eidgenossen» (2013) stellt sich auch für Meiers Buch das Problem, dass sein Thema durchaus ein breites Publikum anspricht – und

dementsprechend zweifellos seinen Weg in die schweizerischen Bücherregale finden wird –, dass der Inhalt jedoch trotz der erzählerischen Finesse selbst für Kenner der Materie relativ komplex ausfällt. Wenn das Buch trotzdem dazu beiträgt, die Vorstellung von der Gründung der Schweiz im Jahr 1291 zu relativieren, ist sein Zweck erfüllt.

Rainer Hugener, Zürich

Eva Pibiri, Fanny Abbott (éds.), **Féminité et masculinité altérées: transgression et inversion des genres au Moyen Âge**, Florence: Sismel – Edizioni del Galluzzo, 2017 (*Micrologus Library* 78), XIV–378 pages, 36 illustrations.

Ce nouveau volume de la collection *Micrologus Library* rassemble les interventions d'un colloque international tenu à l'Université de Lausanne en novembre 2013. Les treize contributions qui constituent cet ouvrage s'inscrivent dans une perspective historique en lien avec l'étude du genre, en tant que construction culturelle et sociale, à travers la thématique de la transgression et de l'inversion des genres. La diversité des objets traités met en perspective les caractéristiques assignées à chaque sexe, que façonnent les normes religieuses, juridiques ainsi que les comportements, les rôles et les places hiérarchiques attribués aux hommes et aux femmes au sein de différentes sociétés. Le sujet du genre, en plein essor dans le domaine de l'histoire, manquait parmi les volumes de la collection *Micrologus Library*. Cet ouvrage comble cette lacune en ayant le mérite d'appréhender la transgression et l'inversion des sexes non pas en partant du seul point de vue de l'histoire des femmes, qui tend souvent à résumer l'histoire du genre, mais aussi en rapport avec l'histoire de la masculinité développée depuis les années 1990, comme Eva Pibiri et Fanny Abbott le font apparaître dans la préface de ce volume. Les deux approches s'avèrent en effet complémentaires pour comprendre les interactions entre les sexes et les systèmes de représentations culturelles propres à la manière de les envisager, d'autant plus indispensables pour saisir les questions de transgression et d'inversion.

Cette série d'articles s'inscrit dans une optique pluridisciplinaire avec des contributions dédiées à l'histoire politique, à l'histoire de la médecine et du droit mais également à l'histoire de l'art et fait également place à la littérature médiévale. Si le long Moyen Âge, des prémices jusqu'au seuil du XVI<sup>e</sup> siècle, occupe la part la plus importante des contributions, une ouverture est ménagée vers l'Antiquité et l'Époque moderne. À côté de l'Occident, le monde oriental est également exploré à travers des études portant sur l'art seldjoukide, l'Empire byzantin ou encore sur les écrits musulmans du Moyen Âge.

Au sein de la thématique de la transgression et de l'altération des genres, les contributions se structurent autour de deux axes centraux. Nous nous bornerons ici à présenter une partie des articles selon ces deux angles de recherche. D'une part, l'inversion ou la transgression dans les caractéristiques et les rôles dévolus à chacun des sexes se fait jour au sein du pouvoir politique et religieux. Ainsi, la contribution d'Ivan Foletti se penche sur le problème complexe des femmes ordonnées dans les structures ecclésiastiques de l'Antiquité tardive et du haut Moyen Âge. Celles-ci jouent un rôle actif dans les églises primitives, en Orient et en Occident, avant de se voir écartées de l'autel dès le milieu du V<sup>e</sup> siècle en raison d'une lutte acharnée pour l'exclusivité masculine dans l'espace du sacré. L'iconographie porte toutefois au-delà de cette temporalité les traces d'une place dès lors transgressive en regard de l'interdiction formulée envers le clergé féminin. L'analyse de la figure de la Vierge Marie entre le III<sup>e</sup> et le VII<sup>e</sup> siècle montre qu'elle assume les traits et les attributs des femmes consacrées, prolongeant par l'image et inscrivant dans la mémoire cette fonction prohibée. Dans un tout autre contexte, l'étude

de Giuseppina Lenzo sur l'Égypte pharaonique montre les rôles de pouvoir dont se saisissent certaines femmes au sein des familles royales, en tant que régentes ou comme pharaons dans quelques rares exemples. Si ces fonctions par essence associées aux hommes ont bien existé en Égypte, elles prennent place dans des situations exceptionnelles en l'absence d'héritiers mâles. Le cas de la reine Hatchepsout comporte la particularité de signifier le caractère transgressif du rôle de pharaon pour une femme à travers la masculinisation de ses représentations afin de légitimer son pouvoir, remis en cause par la présence d'un autre pharaon en place (Thoutmosis III).

Dans ce prolongement, l'étude consacrée à Henri III et à ses mignons par Daniel Maira souligne la manière dont les catégories du masculin et du féminin permettent d'assigner des caractéristiques physiques et morales aux individus afin de justifier le pouvoir en place ou au contraire de lui porter atteinte. Ainsi, un ensemble de textes satiriques fait d'Henri III un être efféminé, allant jusqu'à le décrire comme un «transgenre». L'union et la confusion du masculin et du féminin dans une même personne rapproche le roi du monstre et du tyran. Dès lors, l'alternative transgressive que figure le souverain est un moyen de déprécier ses aptitudes à gouverner. La perte de la masculinité du roi en tant que dévaluation prend sens au sein d'une représentation du pouvoir qui s'incarne dans la virilité et sa force morale, en opposition à la mollesse associée à la féminité. Les enjeux de pouvoir sont également au cœur de la contribution de Fanny Cosandey qui s'intéresse à la participation des femmes de la haute noblesse aux affaires politiques en étudiant leur rôle dans la promotion familiale. La répartition des membres de la cour de France entre le XVI<sup>e</sup> et le XVIII<sup>e</sup> siècle selon les rangs dans les archives du cérémonial met en évidence les enjeux de genre et l'aspect transgressif que peut revêtir la position de certaines femmes, notamment des princesses. Par le biais d'un brevet royal qui les place au-dessus de leurs maris, ces dernières deviennent un élément dominant dans la hiérarchie de cour. Cette inversion des rôles s'érige à l'encontre de la position d'infériorité que leur confère le statut d'épouse et du primat de l'autorité masculine que représente la monarchie française.

Le deuxième axe de recherche se situe autour de l'indétermination genrée, évoquant des individus à l'identité sexuée et sexuelle ambivalente, allant jusqu'à constituer dans certains cas un «troisième genre». La figure de l'eunuque, comportant une duplicité sexuée, occupe deux articles de ce volume. L'étude de Laurent Kondratuk se penche sur l'hermaphrodite et l'eunuque en tant que catégories d'individus au sein des sources juridiques. Le premier, dont la figure est développée par les récits mythologiques, n'a que très peu de place dans le droit romain, puis canon aux XII<sup>e</sup> et XIII<sup>e</sup> siècles. L'eunuque en revanche, dont la présence est attestée dans le bassin méditerranéen d'Orient, est envisagé par les législateurs romains qui clarifient son statut ambigu sur le plan sexué. La contribution de Georges Sidéris rend compte des débats passionnés que déclenche la nature physiologique de l'eunuque entre le IV<sup>e</sup> et le XII<sup>e</sup> siècle à Byzance. À travers l'exploration des sources médicales, le discours de Galien apparaît comme fondamental dans l'influence qu'il détient sur la manière de représenter l'eunuque, ni homme ni femme, mais constituant un genre à part, un troisième sexe neutre, sans désir sexuel. À la suite d'Oribase, les médecins byzantins reprennent cette définition et revisitent la pensée de Galien. Toutefois, certains penseurs font de l'eunuque la cible de virulentes critiques en raison de l'entre-deux qu'il représente. Son caractère transgressif en regard de la loi binaire des sexes provoque suspicions et interrogations.

Le qualificatif de troisième genre, que l'historiographie a attribué aux clercs du Moyen Âge, est remis en cause par la lecture de cette forme particulière de masculinité que propose Christopher Fletcher. Sa contribution prouve qu'au lieu d'une scission entre deux modèles culturels de masculinités habituellement pensées en opposition, celle des clercs et celle des chevaliers, il existe une relation étroite. À travers une étude minutieuse du vocabulaire employé, un passage emprunté à l'*Histoire de Guillaume le Maréchal* (XIII<sup>e</sup> siècle) révèle que la masculinité valorisée des clercs et celle de la noblesse partagent un même système de valeurs et expriment des qualités similaires.

Si ces articles, par leur aspect pluriel, peuvent paraître disparates de prime abord, la lecture de ce volume montre au contraire les relations profondes que tisse la thématique de la transgression et de l'inversion des genres au sein de différentes sociétés et cultures à travers le temps. La richesse et la diversité des contributions met en lumière que le genre est porteur d'un système de représentations symboliques qui permet de valoriser et de légitimer, autant que de jeter le discrédit sur le pouvoir en place, étant investi d'implications politiques, identitaires et sociales fondamentales.

*Anne-Lydie Dubois, Université de Genève*

Ortsbürgergemeinde St. Gallen (Hg.), **Die Ortsbürgergemeinde St. Gallen**, St. Gallen: VGS Verlagsgenossenschaft St. Gallen, 2017, 264 Seiten, zahlreiche Abbildungen.

Der auf die Helvetik zurückgehende Gemeindefederalismus zählt zu den verfassungsrechtlichen Besonderheiten der Schweiz. Bis heute existiert vielerorts nicht nur eine Politische Gemeinde (Einwohnergemeinde), sondern auch eine Personalgemeinde. Eine solche «Bürgergemeinde», «Bürgergemeinde», «Ortsbürgergemeinde» oder «Korporationsgemeinde» besitzt als Erbin der früheren Allmenden meist immer noch Boden, Wald und Immobilien vor Ort. Ihren soziologischen Kern bilden die alten Familien, die bereits im *Ancien Régime* als voll Heimatberechtigte über politische und ökonomische Privilegien verfügten. Weil sich diese Körperschaften damit letztlich historisch konstituieren, besitzen sie eine Affinität zur Geschichte. Davon zeugen die zahlreichen historischen Selbstdarstellungen, die allerdings lange Zeit einseitig aus der Binnenperspektive verfasst wurden und hauptsächlich der Sinnstiftung nach innen und der Legitimierung nach aussen dienten. Seit rund einem Jahrzehnt erfolgt eine Öffnung hin zur kritischen Geschichtswissenschaft, so mit Untersuchungen zur Bürgergemeinde Bern oder zu den Korporationen Pfäffikon und Uri. In dieser Linie steht die vorliegende Publikation, die von der Ortsbürgergemeinde St. Gallen herausgegeben wurde.

Was sind Bürgergemeinden eigentlich – und worin unterscheiden sie sich von Politischen Gemeinden? Warum und wie sind diese beiden Gemeindeformen entstanden? Und wie hat sich die Ortsbürgergemeinde St. Gallen seit ihrer Entstehung im 19. Jahrhundert bis heute verändert? Das Historikerteam unter der Leitung von Dorothee Guggenheimer beantwortet diese auf dem Klappentext formulierten Fragen in neun Kapiteln, die in chronologischer Reihenfolge bis in die Gegenwart reichen.

In ihrer konzisen Überblicksdarstellung zur Stadtrepublik St. Gallen im Mittelalter und in der Früher Neuzeit stellen Stefan Sonderegger und Dorothee Guggenheimer die Trennung von Stadt und Kloster, die Installierung der Zunftherrschaft und die Exportorientierung der Textilwirtschaft in den Vordergrund; weniger in den Blick gelangen dagegen die kollektiven Wälder und Felder als Gemeingut der Bürgerschaft (Kap. 1). Die lange Transformationsphase von 1798 bis 1880 beleuchtet Marcel Mayer in drei Kapiteln. Ausgangspunkt ist die Helvetik mit ihrem Grundkonflikt zwischen der postulierten Gleich-

heit der Bürger einerseits und der Garantie des Eigentums andererseits. Als Kompromisslösung schuf man zum einen die von allen niedergelassenen Schweizer Bürgern gewählte «Munizipalität», aus der heraus sich die Einwohnergemeinde entwickelte, zum anderen eine erste Form der Ortsbürgergemeinde, gebildet aus den Anteilhabern am Gemeindegut (Kap. 2). Endgültig getrennt wurden die beiden Gemeinden mit der Ausscheidungsurkunde von 1832, welche die Vermögenswerte benannte, die im Eigentum der Ortsbürger verblieben. Der Einschätzung des Verfassers zufolge war es «auffallend viel, was die alten Bürgergeschlechter weiterhin als kollektiven Besitz beanspruchten» (S. 52). Namentlich zählten dazu das Säckelamt, das Bauamt mit seinen Gebäuden, die Allmenden in der Stadt und die sogenannten «Gemeindsböden» mit ihren öffentlichen Gebäuden, die alten Leinwandbleichfelder sowie die Wälder und Steinbrüche (Kap. 3). Neben der Armenfürsorge – mit Bürgerspital, Waisenhaus sowie offener Unterstützung armengemessiger Bürger und Bürgerinnen – zählte nun zunehmend auch die Kulturförderung zu den ortsbürgerlichen Hauptaufgaben: So wurde die Ortsbürgergemeinde Trägerin eines Archivs, einer Bibliothek und eines Museums. Ihren Grundbesitz machte die Ortsgemeinde zum einen mittels Verpachtungen zu Geld, zuerst in Form von Kleinparzellen als Selbstversorgungs-Gärten, später vermehrt als arrondierte Landwirtschaftsflächen. Zum anderen verkaufte sie zahlreiche Bauparzellen für die wachsende Stadt, sowohl für private Wohn- und Gewerbehäuser als auch für öffentliche Infrastrukturbauten (Kap. 4).

Die Weiterentwicklung der Ortsbürgergemeinde von 1880 bis 1980 rekonstruiert Max Lemmenmeier in drei Teilphasen. In der *Grossen Zeit des Bauens* (1880–1919) war die Ortsbürgergemeinde mit ihrer Wirtschafts- und Bodenpolitik durch Überbauungspläne und Landverkäufe ein aktiver Motor der Stadtentwicklung. Die Verbesserung der Bilanzen nach Abschaffung des Bürgernutzens und die steigenden Erträge aus dem Grundbesitz ermöglichten einen jahrzehntelangen Ausbau der sozialen und kulturellen Leistungen der Ortsbürgergemeinde (Kap. 5). Demgegenüber ging es der Ortsbürgergemeinde in den *Zeiten des wirtschaftlichen Niedergangs* (1919–1950) angesichts fehlender Bodenverkäufe, verminderter Erträge und gestiegener Ausgaben vor allem um die Sanierung ihrer eigenen Finanzen; die Autonomie im Fürsorgewesen bewahrte sie mit der Einführung einer Armensteuer (Kap. 6). Es folgten *Wirtschaftlicher Aufschwung und neue Probleme* (1950–1980), namentlich die wieder vermehrten Bodenverkäufe einerseits und die wachstumskritische, auf die Erhaltung des «Grünen Rings» ausgerichtete Bodenpolitik andererseits, was angesichts der wachsenden Stadtbevölkerung zu Konflikten mit der Politischen Gemeinde führte (Kap. 7).

In zwei abschliessenden Kapiteln fragt der amtierende Bürgerratspräsident Arno Noger nach den aktuellen Entwicklungen der Ortsbürgergemeinde und den Herausforderungen, vor die sie sich gestellt sieht. Im Zentrum steht für ihn die Frage nach ihrem unternehmerischen Handlungsspielraum, den die Institution unbedingt brauche, um mit den positiven Unternehmenserfolgen (Gesundheit und Alter, Forstbetrieb, Stadtsäge, Liegenschaften) die Kulturinstitutionen (Stadtarchiv, Vadianische Sammlung) und die Zentrale Verwaltung (Corporate Center) zu finanzieren. Insgesamt zeichnet der Verfasser für die Ortsbürgergemeinde ein Bild, das einer modernen Unternehmensgruppe ähnlicher ist als einer traditionellen Gemeinde (Kap. 8, 9).

Das konsequent chronologische Gliederungsprinzip des Bandes bewährt sich in erster Linie in didaktischer Hinsicht. Zusammen mit dem gut gewählten Schlüsselbild, das zu Beginn jeden Kapitels dessen Essenz prägnant visualisiert, ergibt sich eine Folge von klar unterscheidbaren Zeitabschnitten, die insgesamt einen kontinuierlichen Erzählstrang

ergeben. Was dabei etwas zu kurz kommt, sind vertiefte Einsichten in grundlegende, phasenübergreifende Themen und Prozesse in der Geschichte der Ortsgemeinde. So möchte man gerne noch Genaueres wissen über die Kontinuitäten und Brüche im politischen Personal während des sich über mehrere Jahrzehnte hinziehenden Aufteilungsprozesses der alten Stadtrepublik in Kanton, Einwohnergemeinde und Ortsbürgergemeinde. Oder über den Habitus der Ortsbürger, mit dem sich diese als soziale Gruppe von anderen Stadtbewohnern unterscheiden. Schliesslich auch über die Transformation des kollektiven Grundbesitzes, dessen Bewirtschaftungsziel sich im Laufe der Zeit von der Naturalversorgung auf den kontinuierlichen Finanzertrag (Rendite) verlagerte. Erst auf der Grundlage solcher über die Chronologie hinausgehenden Analysen wäre die Geschichte der Ortsbürgergemeinde St. Gallen der historischen Entwicklung anderer Körperschaften – etwa in Bern, Biel, Chur, Sion, Solothurn oder Zug – vergleichend gegenüberzustellen.

Diese Kritikpunkte sollen die Verdienste der Publikation aber nicht schmälern. Das vom Bürgerrat formulierte Ziel der Zugänglichkeit für ein breites Publikum erreicht das Buch nicht nur mit gehaltvollen und sorgfältig redigierten Texten, die auch kritische Sichtweisen auf die behandelte Institution zulassen, sondern auch mit dem reichen historischen Bildmaterial und der vielfältigen und grosszügigen Gestaltung.

*Martin Stuber, Bern*

**Benjamin Hitz, Kämpfen um Sold. Eine Alltags- und Sozialgeschichte schweizerischer Söldner in der Frühen Neuzeit, Köln / Weimar / Wien: Böhlau, 2015, 385 Seiten, Grafiken / Tabellen.**

Die an der Universität Luzern unter der Ägide von Valentin Groebner entstandene Dissertation gehört zu einer Reihe von jüngeren Publikationen, die sich der fruchtbaren Erweiterung der traditionellen Militärgeschichte verpflichtet haben und das in der älteren Forschung dominante moralisierende beziehungsweise glorifizierende Nationalnarrativ überwinden. Die vorzustellende Studie fokussiert – einer Geschichte «von unten» gemäss – auf die ökonomischen und sozio-kulturellen Lebensumstände der einfachen Luzerner Söldner in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts.

Um deren Lebensalltag und Handlungsspielräume beschreiben zu können, bedient sich die Studie einer Fülle von Quellen. Mittels Schriftstücken, die vorwiegend im Zusammenhang mit Konflikten entstanden sind, rekonstruiert der Autor nicht nur die Strategien der Söldner bei Soldrückständen, sondern filtert minutiös Stellen heraus, die zur Skizzierung des Söldneralltages herangezogen werden können. Der Autor kompensiert so geschickt die prekäre Quellenlage, denn direkte Aufzeichnungen oder gar Selbstzeugnisse über den harten Alltag der frühneuzeitlichen Söldner lassen sich nicht finden.

Der Fokus des Quellenstudiums bleibt ganz klar auf Luzern – wobei die reichhaltigen Quellen aus der *Acta Helvetica* erstaunlicherweise nicht berücksichtigt worden sind; einige Ergebnisse werden vereinzelt durch Quellen aus Nidwalden und Schwyz ergänzt. Trotzdem intendiert der Autor keine lokalgeschichtliche Studie (S. 34), sondern er umreisst am Beispiel des Standes Luzern typische Charakteristika eines Solddienstortes, die jedoch leider nicht weiter innerhalb des *Corpus Helveticum* verortet werden. Eine Synthese zum Zentralschweizer Solddienst bleibt weiterhin ein Forschungsdesiderat (S. 34).

Bevor die Ergebnisse des Quellenstudiums in fünf verschiedenen Hauptkapiteln stringent diskutiert werden, legt der Autor den zum Verständnis der weiteren Ausführungen nötigen Kontext dar, indem Luzern als Solddienst-Stadt vorgestellt wird. Beschrieben

werden sowohl die Interessen der Ratsherren, die oftmals selbst Militärunternehmer waren und den Solddienst zwecks Gewinnmaximierung stärker zu regulieren suchten, sowie für den Solddienst relevante Aspekte der inneren und äusseren Aussenpolitik: Luzern war bündnispolitisch mit mehreren Potentaten eng verflochten, wobei sich die französische Krone als dauerhaftester Partner erwies. Damit verbunden waren ins Land fliessende französische Ressourcen, die es Luzern bekanntlich ermöglichten, auf direkte Steuern und auf ein eigenes stehendes Heer zu verzichten. Dennoch bargen die fremden Ressourcen ein hohes Konfliktpotential. Immer wieder wurde um ihren (intransparenten) Verteilungsmodus gestritten, ohne dass sie je grundlegend kritisiert worden wären. Unter den nachfolgenden Ausführungen sind die Kapitel über die Mikroökonomie des Solddienstes und über die Handlungsspielräume der Söldner bei Zahlungsrückständen als besonders interessant hervorzuheben. Abgerundet wird die Studie durch eine Diskussion der zeitgenössischen Diskurse über den Solddienst.

Überzeugend wählt der Autor die Kompaniewirtschaft als zentrale Funktionseinheit der (eidgenössischen) militärunternehmerischen Ökonomie. Der hauptsächlich aus dem Luzerner Stadtpatriziat stammende Hauptmann war sowohl der ökonomische als auch der strategische Führer seiner Kompanie und erhielt vom Dienstherrn die finanziellen Ressourcen, um die unter ihm dienenden Söldner zu entlohnen und zu versorgen. Je weniger Sold der Hauptmann an einzelne Söldner auszahlte, desto höher war sein Gewinn und durch Währungstricks konnte er diesen zusätzlich maximieren. Der Spielraum des Hauptmanns war jedoch keineswegs unbegrenzt, denn Söldner reagierten mittels Desertion oder Meuterei auf zu knappe Versorgung mit Ressourcen.

Aufgrund der Quellenlage lässt sich über die gerichtliche Konfliktlösung im Feld wenig aussagen; denn unterwegs hatten die Söldner eine eigene Gerichtsbarkeit und Akten dazu sind lediglich zufällig überliefert, etwa wenn Kopien an die Obrigkeit gesandt wurden. So fokussiert die Studie vorwiegend auf Solddienstforderungen nach der Rückkehr aus dem Dienst; ein Zeitfenster, das bis anhin in der Forschung kaum berücksichtigt worden ist (S. 21). Die Söldner wurden im Dienst nur äusserst selten sofort und vollständig entlohnt («Soldrückstand als Normalfall», S. 301–304), was unter anderem mit fehlender Liquidität der Dienstherrn zusammenhing. Die aktive Einforderung des Soldes nach der Heimkehr gestaltete sich aus verschiedenen Gründen schwierig. Erstens kontrollierte die Luzerner Obrigkeit zwar das Militärunternehmen, indem sie zum Beispiel Werbelizenzen ausstellte oder Aufbrüche bewilligte, die Mikroökonomie der Kompaniewirtschaft jedoch war privatwirtschaftlicher Natur. Die Hauptleute hatten vor der eigentlichen Musterung der Kompanie im Dienstland bereits beträchtliche Ausgaben zu leisten (Werbung, Reisekosten, Versorgung mit entsprechender Kleidung und Waffen), weshalb sie oft selbst Kreditnehmer waren. Wenn noch der Dienstherr momentan oder gar länger zahlungsunfähig war, blieben auch die Hauptleute zahlungsunfähig und die Obrigkeit musste als vermittelnde Instanz agieren (S. 303). Das Soldwesen als Praktik wurde nicht grundsätzlich in Frage gestellt, obwohl es häufig auch mit Vermittlung lediglich zu Schuldanererkennung oder Teilzahlungen kam. Der Autor stellt den zeitgenössischen Ehrdiskurs ausführlich dar, wobei leider die Verknüpfung zwischen Kriegserfolg und Ehre fehlt: Jenseits der ökonomischen Verdienstmöglichkeiten konnten Söldner bei entsprechender Performanz ihre Reputation erhöhen und wertvolles symbolisches Kapital anhäufen.



Die Studie leistet meines Erachtens einen wichtigen Beitrag zur Solddienstforschung und ist dank der leserfreundlichen und übersichtlichen Gestaltung auch einem Publikum jenseits der *scientific community* zugänglich.

Cécile Huber, Universität Bern

Peter Hoppe, Daniel Schläppi, Nathalie Büsser, Thomas Meier, **Universum Kleinstadt. Die Stadt Zug und ihre Untertanen im Spiegel der Protokolle von Stadtrat und Gemeinde (1471–1798)**, herausgegeben vom Historischen Verein des Kantons Zug, Zürich: Chronos, 2018 (Beiträge zur Zuger Geschichte, Bd. 18), 230 Seiten, 48 Abbildungen.

Aufgrund seiner Kleinräumigkeit und seinem Wohlstand bietet der Kanton Zug der historischen Forschung ein grosses Potenzial. Für kaum einen anderen Ort sind die Quellen so systematisch erschlossen. Das gilt beispielsweise für Urkunden, Jahrzeitenbücher, Orts- und Flurnamen, Kunstdenkmäler, Wohnbauten, Fundmünzen oder archäologische Funde. Trotzdem stellen sich die Archivverhältnisse in Zug heute nicht übersichtlicher dar als in anderen Kantonen. So befinden sich die Rats- und Gemeindeprotokolle der alten Stadt Zug im Besitz der Bürgergemeinde. Dieser Quellenbestand betrifft nicht nur die Stadt mit ihrem Untertanengebiet im Ennetsee (Cham, Hüenberg, Risch und Oberrüti) und in Walchwil, sondern auch die Beziehung der Stadt zu den drei gleichberechtigten Gemeinden des Äusseren Amtes (Aegeri, Menzingen und Baar). Die Protokollserie umfasst über 80'000 Einträge auf 17'500 Seiten in 50 Bänden. Die Einträge stammen aus dem Zeitraum 1471 bis 1798, wobei vor allem das 17. und 18. Jahrhundert mit 250 bis 560 Geschäften pro Jahr gut dokumentiert sind.

Die Denkmalpflege gab 1985 den Anstoss zur Erschliessung dieses wichtigen Bestandes. Das Projekt dauerte von 1989 bis 2012, die Kosten in Höhe von 3,8 Mio. Franken wurden gemeinsam von Stadt, Kanton, Korporation und Bürgergemeinde Zug getragen. Das Staatsarchiv steuerte die damals neu entwickelte Datenbank bei. Die Projektleitung lag bei Peter Hoppe, der von 1979 bis 2011 erster vollamtlicher Staatsarchivar war. Der Bearbeiter Viktor Ruckstuhl erstellte von jedem Protokolleintrag ein Regest mit Datum und allen genannten Orten und Personen und übertrug dieses in die Datenbank. Zusammengefasst lässt dies erahnen, wie innovativ und auf lange Sicht angelegt das Vorhaben bei seiner Initiierung vor dreissig Jahren war.<sup>1</sup> Die Datenbank ist heute vor Ort im Staatsarchiv Zug verfügbar, online jedoch leider nur auszugsweise zu konsultieren, weil der ehemalige Staatsarchivar vor der Veröffentlichung alle Einträge persönlich kontrollieren und korrigieren will. Das Erschliessungsprojekt ist daher noch nicht an seinem Ziel, dem vollständig «freien» digitalen Zugang, angelangt.

Das grosse Fachwissen von Peter Hoppe hat es nun ermöglicht, für den anzuzeigenden Band gezielt Themen auszuwählen, die sich für eine erste Annäherung und inhaltliche Präsentation der Protokolle eignen. Auf dieser Grundlage haben Peter Hoppe zwei, Daniel Schläppi vier sowie Nathalie Büsser und Thomas Meier je einen Aufsatz zu dem Band beigesteuert. Selbstredend beruhen die Themen der Beiträge auf den Inhalten der Protokolle, wie etwa im Aufsatz von Peter Hoppe zur öffentlichen Jahres- und Festtagsagenda sowie zu den Medien, derer sich die Obrigkeit bediente – vom Glockenschlag über das Ausrufen bis zum Aushang. Sie vermitteln lebensnahe Alltagsbilder aus der katholischen Zentralschweiz, wo Staat und Kirche untrennbar verwoben waren.

<sup>1</sup> Vgl. Tugium. Jahrbuch des Staatsarchivs des Kantons Zug, des Amtes für Denkmalpflege und Archäologie, des Kantonalen Museums für Urgeschichte Zug und der Burg Zug 7 (1991), S. 7–15.

Nathalie Büsser geht der Frage nach, wie die Stadt ihre Herrschaft über die sechs Vogteien aufbaute – *de facto* handelte es sich bei dieser eher um ein «Portefeuille unterschiedlicher, mitunter landesherrlicher Rechte, Besitztitel und Güter». Der exemplarische Streit an der Buonaser Kilbi 1710 lässt sich nicht leicht mit herkömmlichen Konzepten erklären, weil kein simpler Antagonismus zwischen der Stadt als Landesherrin und der abhängigen Landschaft bestand. Anschaulich wird dies durch Büssers Darstellung der konkreten Rollen und Interaktionen der Beteiligten, einerseits der Obervögte, die in der Regel aus den Reihen der Stadtzuger Bürger gewählt wurden, und andererseits der Untervögte, die aus den Reihen der lokalen Gemeinwesen kamen. Aufschlussreich sind auch ihre Überlegungen zur Bedeutung der Kartografie für die Herrschaft am Beispiel der Zuger «Vogteienkarte» von 1771.

Thomas Meier richtet seinen Blick ebenfalls über die thematischen Grenzen der Protokolle hinaus und untersucht die Ausgrenzung von Hinter- und Beisassen, Armen und Fremden. Wie andernorts schotteten sich die städtische Gesellschaft, aber auch die lokalen Gemeinwesen im Verlauf des *Ancien Régime* zusehends ab. Thomas Meiers Analysen sind ebenso erhellend wie jene von Daniel Schläppi in dessen Aufsatz zur Wirtschaftspolitik, gerade auch für das Verständnis des heutigen Kantons Zug. So zeigt sich, dass das «ostentativ sparsame Verwaltungshandeln» im Kanton Zug seinen Ursprung in einem auf strukturelle Knappheit angelegten und landwirtschaftlich geprägten Gemeinwesen hat.

Zwei weitere Aufsätze von Schläppi zum Zuger Verwaltungsalltag und zur Streitschlichtung sind weitaus stärker vom Quellencharakter der Rats- und Gemeindeprotokolle geprägt. Die schiedsgerichtliche Tätigkeit des Rates, dessen Bemühungen um Streitschlichtung man heute als Mediation bezeichnen würde, war offenbar stark von praktischer Vernunft geprägt, wie Schläppi ausführt: Das zeigt sich unter anderem darin, dass Strafen eher angedroht als vollstreckt wurden. Schläppis bisweilen anekdotischer Blick auf das Wirken der Kirchenpflege in dessen letztem Beitrag offenbart nicht nur bis heute vorhandene Konfliktlinien zwischen Kirche und Staat. Es manifestiert sich auch – *notabene* im katholischen Zug – ein Bemühen des Rates um Mässigung, dem der individuelle Wunsch nach Distinktion mittels privater Kirchenstühle entgegenstand.

Die Idee des Bandes überzeugt, anhand dieser acht Beiträge das Potenzial der Rats- und Gemeindeprotokolle der Stadt Zug für die Geschichtswissenschaft aufzuzeigen. Die sorgfältige Gestaltung des Buches trägt zum positiven Gesamteindruck bei. Die Abbildungen sind zum Teil informativ (etwa Abb. 2 mit verschiedenen Schriftbildern aus den Ratsprotokollen), zum Teil erscheinen sie eher als eingestreute Illustrationen. Die Beiträge weisen nur wenige Redundanzen auf, etwa zur Schriftlichkeit, zur Streitschlichtung oder zur sozialen Grenzziehung. Zugleich zeigen sie, dass die Ratsprotokolle allein, so vielfältig ihre Inhalte auch sind, dank ihrer grossen Zahl und des grossen Zeitraumes einen fokussierten Blick auf die Zuger Geschichte zulassen. So ist in den Protokollen offenbar wiederholt von der Vogeljagd die Rede: Schlaglichtartig deutet sich beispielsweise hier an, dass vertiefte Einblicke in die konkreten Lebensverhältnisse möglich sind. Die Aussagekraft der Quellen wird je nach Fragestellung durch die Verknüpfung mit anderen Beständen zu erweitern sein. Besonders gilt dies für den Bereich der Baugeschichte, der auffallenderweise im Band nicht berücksichtigt ist, aber auch für Bildquellen oder die Archäologie. Dem Buchumschlag zufolge veranschaulicht «Universum Kleinstadt» exemplarisch die Mög-

lichkeiten der «Digital Humanities». Dem ist zuzustimmen und zugleich ist zu hoffen, dass diese damit noch lange nicht ausgeschöpft sind.

*Adriano Boschetti, Boll*

Olivier Pavillon, *Des Suisses au cœur de la traite négrière. De Marseille à l'île de France, d'Amsterdam aux Guyanes (1770–1840)*, Lausanne: Antipodes, 2017 (Collection Histoire), 159 pages, illustrations.

L'ouvrage d'Olivier Pavillon, préfacé par Olivier Grenouilleau, historien français de l'esclavage, aligne trois études de cas, suivies par une postface de Gilbert Coutaz, directeur des Archives cantonales vaudoises. La première, inédite, est axée sur les rapports coloniaux entre la France et l'Isle de France (Maurice aujourd'hui) et leurs acteurs; les deux autres, déjà publiées dans des revues d'histoire suisses en 2004 et 2013, sont consacrées, l'une, à la société vaudoise d'armement maritime D'Illens, Van Berchem, Roguin & C<sup>ie</sup>, installée dans le milieu des armateurs protestants à Marseille, l'autre à un négociant et planteur neuchâtelois, Alfred Berthoud, émigré dans la Guyane hollandaise.

Le premier texte, «La famille Larguier des Bancelles. Des guerres de religion au trafic négrier», consiste en une chronique familiale déroulée sur huit générations, dont le dernier représentant, médecin et professeur à Lausanne – un tableau généalogique facilite les repérages – est celui par qui les papiers rassemblés et conservés par certains de ses ancêtres sont parvenus aux Archives cantonales vaudoises.

Le berceau des Larguier se situe dans les Cévennes protestantes qui vivent dès la fin du XVII<sup>e</sup> siècle la répression du culte réformé. Berceau et port d'attache aussi, du moins sentimental, pour toute une lignée de descendants, même quand certains d'entre eux, à partir de la troisième génération, acquièrent une bourgeoisie communale en Suisse romande, sans nécessairement y résider, dans le but d'échapper aux entraves dont étaient victimes les Huguenots en France, encore au XVIII<sup>e</sup> siècle. C'est à la quatrième génération que bascule la destinée des Larguier. Est-ce pour éponger les dettes familiales, se demande l'auteur, que certains, rêvant de faire rapidement fortune, s'exilent dans l'Isle de France, colonie française dans l'océan Indien? Il y a, par exemple, François (1731–1790) qui s'embarque en 1770 et «va sillonner les mers vers les comptoirs des Indes, revenir acheter sa pacotille à Nantes ou Lorient et trafiquer les esclaves à Madagascar et au Mozambique» (p. 29). Il y a son frère Pierre-Frédéric (1736–1811), devenu bourgeois de circonstance de Chavannes-près-Renens (VD) pour ouvrir une boutique à Lausanne et qui, après une obscure affaire d'effraction, s'expatrie en 1782, escomptant réaliser de «belles traites de noirs» auprès de son frère. Mais leur situation financière reste précaire, déboires et échecs se multiplient, la faillite menace et le rêve colonial s'évanouit pour devenir le cauchemar des propriétaires d'esclaves après le décret d'abolition (provisoire) de l'esclavage voté à Paris en 1794. Signalons la publication en annexe de l'inventaire après décès de François (1803), qui fournit la liste détaillée des 69 esclaves occupés dans ses plantations, dont 25 enfants. À leur disparition, les deux frères laissent à leurs héritiers sur place ou en Suisse le soin de régler – péniblement – des successions compliquées qui donnent lieu à de bien longs développements par l'auteur.

Au terme de la lecture de cette saga familiale, on s'interrogera sur deux points. Premièrement, Suisses les Larguier des Bancelles? Dans leur correspondance, ils apparaissent plus français que suisses – les événements de la Révolution française, l'implication personnelle de l'un des leurs et la guerre franco-anglaise font l'objet de nombreux commentaires (p. 47–55), mais non ce qui se passe alors dans le canton de Vaud, où

résident des proches – et même plus «mauriciens» que français, attachés à leur «petit pays» (p. 73). Il est dommage qu'Olivier Pavillon n'ait pas davantage mis en valeur la figure la plus intéressante de cette histoire, Sophie-Adrienne Larguier, et analysé l'évolution de son regard sur la société esclavagiste de l'île. Partie de Genève en 1801 à l'âge de trente ans pour venir en aide à son père Pierre-Frédéric, vieillissant et endetté, elle eut à affronter jusqu'à son retour à Moudon en 1839 les tracasseries de plusieurs successions familiales, puis, veuve, à gérer seule des plantations sucrières avec leurs «Noirs», à se battre enfin avec sa fille lors de l'ultime abolition de l'esclavage par les Britanniques (1833), les nouveaux propriétaires de Maurice, afin de toucher les indemnités promises par ceux-ci aux propriétaires d'esclaves. Deuxièmement, contrastant avec les minutieux détails documentant ces parcours individuels, les opérations commerciales des principaux protagonistes restent assez floues (faute de sources plus précises?). Étant donné l'importance des investissements requis par le «commerce maritime au long cours» et les expéditions négrières, on se demandera comment procédaient les deux frères, presque toujours «sans secours et sans ressources» (p. 31). Plutôt qu'«armateurs-négociants» (p. 48), ils étaient sans doute de simples commissionnaires, spéculant et trafiquant sur tous types de produits coloniaux pour le compte de négociants français.

La deuxième étude de cas, reprise d'un article paru en 2004 dans la *Revue historique vaudoise*, «D'Illens, van Berchem, Roguin & C<sup>ie</sup>. Un Commerce maritime marseillais à capitaux vaudois à la fin du XVIII<sup>e</sup> siècle», s'éloigne considérablement du thème suggéré par le titre du livre. La trajectoire de cette société n'est qu'«accessoirement» celle d'une société de traite négrière, écrit Pavillon, «une grande part de son activité consistant en effet à prendre des participations dans des expéditions non négrières montées par d'autres armateurs marseillais» (p. 91), notamment le puissant groupe de Solier, Martin et Salavy, qui n'a jamais armé de navire négrier. Devenus eux-mêmes armateurs, Louis d'Illens, Jacob van Berchem et Daniel-Marc-Augustin Roguin, réunis pour leurs affaires et par des alliances familiales, ne se sont consacrés que brièvement à la traite en organisant quatre armements de 1790 à 1791. Le reste du texte consiste en biographies, notices généalogiques et digressions sur la société cosmopolite et mondaine de Lausanne.

Quant à «Alfred Jacques Henri Berthoud (1802–1887), négociant et planteur au Surinam» – un article publié en 2013 dans la *Revue historique neuchâteloise* –, s'il n'est pas véritablement «au cœur de la traite négrière» au sens classique du trafic d'esclaves arrachés à l'Afrique noire pour revendre aux Amériques, il est cependant à la tête d'une importante main d'œuvre servile qu'il occupe dans ses nombreuses plantations de café, de sucre et de coton. Autre lieu (Surinam), autre époque (première moitié du XIX<sup>e</sup> siècle). Alors que le mouvement abolitionniste menace désormais partout les intérêts des planteurs, Berthoud, pressentant la fin de l'esclavage et reparti en Suisse d'où il continue à administrer ses propriétés surinamaises, prend ses dispositions pour réaliser ses biens et «placer [s]es nègres au mieux possible pour eux» (p. 138), c'est-à-dire de les vendre à d'autres colons, contribuant à y maintenir le système esclavagiste – l'esclavage n'y étant aboli qu'en 1863.

L'ouvrage de Pavillon apporte donc une pierre – encore n'est-elle pas totalement nouvelle – à l'édifice qui se construit depuis quelques années d'une «histoire coloniale de la Suisse». Une pierre solidement étayée par de nombreuses sources de première main (correspondances, actes notariés, mémoires, etc.). On regrettera cependant, effet de mode, le titre accrocheur d'un livre où la traite négrière n'occupe qu'une place secondaire et ne représente qu'une étape éphémère dans la trajectoire des individus mis en scène. Pourtant

ces trois textes, à l'écriture au reste alerte et plaisante, font apparaître des thématiques plus centrales, comme par exemple les expériences de la cohabitation entre négociants ou colons suisses et esclaves, qui auraient pu conduire à une analyse de leurs regards croisés tenant compte de la diversité des contextes dans l'espace et dans le temps.

*Béatrice Veyrassat, Rolle*

Étienne Hofmann, *La mission de Henri Monod à Paris en 1804. Contribution à l'histoire des relations franco-suisse au début de la Médiation*, Genève, Paris: Slatkine, 2017 (Travaux sur la Suisse des Lumières, vol. XIX), 575 pages.

Professeur honoraire de l'Université de Lausanne, Étienne Hofmann a mis à profit le temps libre que lui procure la retraite pour reprendre une question qu'il avait laissée ouverte depuis 1972: l'envoi par le gouvernement vaudois d'Henri Monod en mission officielle à Paris en 1804 auprès des autorités françaises. Débordant largement l'année 1804, Étienne Hofmann nous livre une très brillante rétrospective de la Suisse au début de ce XIX<sup>e</sup> siècle. Le fil conducteur est la mission de Monod à Paris, de juillet à septembre 1804, période durant laquelle le Vaudois traite différentes affaires avec les représentants du gouvernement impérial qui se met en place en succédant au gouvernement consulaire. Cette mission intervient alors que Berne est, depuis le début de l'année 1804, le canton directeur et que nombre de Bernois ont encore de la peine à accepter la souveraineté du canton de Vaud. Il en résulte une animosité entre Berne et Vaud que différents incidents aggraveront encore.

Pour que le lecteur soit à même de bien saisir les tenants et aboutissants des dossiers traités par Monod à Paris, Étienne Hofmann nous restitue le contexte dans lequel se trouve le continent européen, en particulier la France et la Suisse, tout en retraçant avec brio la vie d'Henri Monod. Il campe son personnage en retraçant les traits saillants de son caractère et les faits marquants de son existence, qui expliquent pourquoi l'exécutif vaudois a fait appel à lui en 1804 pour défendre les intérêts de son canton dans la capitale française. Relevant que cette personnalité de premier plan n'a pas encore fait l'objet d'une biographie, Étienne Hofmann nous permet de mieux en apprécier les qualités. Il nous montre que Monod, sous l'Ancien Régime, avait subi des blessures d'amour-propre de la part du pouvoir autoritaire de Berne qui considérait le Pays de Vaud comme une quasi-colonie et que cet arbitraire était d'autant plus insidieux qu'il était empreint de paternalisme. Depuis le déclenchement de la Révolution française, Monod considérait comme essentiel un changement de la situation politique du Pays de Vaud sans forcément rompre avec Berne. Néanmoins l'impérialisme de LL. EE. de Berne et leurs prétentions le poussent en 1798 dans le camp progressiste des patriotes helvétiques. Président de la chambre administrative du canton du Léman sous la République helvétique, il quitte cette fonction après le coup d'État de janvier 1800 pour s'installer à Paris. Si Monod reste convaincu que la nouvelle République doit avoir une structure d'État unitaire, en particulier pour en assurer l'indépendance – ce qu'avait démontré l'invasion française de 1798 – il est d'avis cependant que la législation en Suisse doit être attentive à prendre en compte la réalité et la diversité de ses peuples. Il se méfie donc d'une centralisation excessive. La guerre civile menée contre la République helvétique par les conservateurs fédéralistes le ramène au pouvoir et, en août 1802, il est nommé préfet du canton de Vaud. À ce poste, il fait preuve d'un grand courage et d'une énergie remarquable alors que le gouvernement helvétique, venu se réfugier à Lausanne, se délite. Dans ces moments des plus critiques pour la République helvétique et pour son canton, il reste convaincu que la

seule politique est celle de rester vaudois à l'intérieur de la Suisse. En effet, c'est l'époque où les Vaudois s'opposent au sein de différentes factions qui veulent les unes le rattachement à la France, les autres le retour à Berne et d'autres encore l'indépendance. Lors de l'annonce de la médiation de Bonaparte, Monod est désigné comme membre de la délégation représentant son canton à Paris et joue un rôle important au sein de la Consulta helvétique qui durant l'hiver 1802–1803, avec le premier consul, élabore l'Acte de Médiation. De retour dans le canton de Vaud, il est à la tête de la commission chargée de mettre en vigueur la Constitution vaudoise élaborée à Paris, instaurant la souveraineté de ce canton. Cette tâche achevée, il est élu au parlement cantonal comme membre à vie puis à l'exécutif vaudois en avril 1803. Après plusieurs mois d'activité intense, il rentre dans le rang pour se consacrer à ses affaires personnelles au début de l'année 1804. Homme de dialogue, Monod est toujours à l'écoute de son adversaire pour connaître ses positions et pour être à même, ensuite, de dégager un consensus acceptable par tous, ce qui n'implique aucune mollesse car, comme l'évoque Bonaparte à son propos: «Un homme énergique est plus près de se raccommoder qu'un autre, et plus sûr dans ses accords». Homme du juste milieu, Monod se méfie des débordements populaires; il est favorable à un régime censitaire qui écarte du pouvoir les classes populaires dangereuses mais qui, le cas échéant, peuvent servir de force défensive contre Berne.

Les pages d'Étienne Hofmann nous permettent de comprendre les lignes très profondes de fracture qui, une année après l'élaboration de l'Acte de Médiation, divisent toujours non seulement le canton de Vaud, mais encore la Suisse tout entière et dont les origines remontent à l'Ancien Régime et à l'histoire compliquée de la République helvétique. Ce sont plus particulièrement les relations entre Vaud et Berne, devenus ou redevenus États souverains par l'Acte de Médiation de 1803 – Vaud ayant été émancipé en 1798 et étant comme Berne une circonscription de l'État unitaire sous la République helvétique – qui sont examinées.

Dans une analyse extrêmement fine, Étienne Hofmann rappelle que l'Acte de Médiation, en restaurant la souveraineté des cantons, avait redonné vigueur aux Bernois de la tendance conservatrice réactionnaire, partisans du retour à l'Ancien Régime. En effet, ceux-ci voient dans cet Acte une première étape qui aboutirait tôt ou tard à la restauration du régime d'avant 1798. Cette perspective, on s'en doute, effraie les tenants du clan progressiste favorables aux acquis de la République helvétique et notamment les Vaudois patriotes comme Monod, qui ne veulent pas redevenir des sujets de LL. EE. de Berne. Du côté bernois, la tendance conservatrice plus libérale trouve son porte-parole en la personne de Niklaus Rudolf von Wattenwyl, issu d'une vieille famille patricienne de la cité des bords de l'Aar. Landammann de la Suisse en 1804, il était intervenu avec violence contre un mouvement de mécontentement de la campagne zurichoise provoqué par la question du rachat de la dime. Celle-ci, forme d'imposition sur le revenu foncier d'origine féodale, consistait en un prélèvement annuel sur une partie de la production agricole dont les bénéficiaires étaient généralement l'État et la bourgeoisie. Par une attitude intransigente et inadéquate, le gouvernement zurichois revenu en mains patriciennes avec l'Acte de Médiation, tout comme celui de Berne, avait réussi à provoquer une véritable insurrection en mars-avril 1804, réprimée de façon brutale par des troupes confédérales sous les ordres du landammann Wattenwyl. Cette réaction démesurée peut se comprendre, comme l'explique Étienne Hofmann, par le fait que Wattenwyl, représentant de l'aristocratie bernoise, craignait la propagation de ce mouvement, ce qui n'était pas à écarter car, à cette époque, une grande partie du monde des campagnes du Plateau suisse

partageait l'exaspération de ses compères zurichoïses. Tous ces paysans avaient pensé qu'avec la République helvétique dîmes et cens – cette dernière catégorie étant constituée de redevances fixes, payables en nature ou en espèces – seraient supprimés. Eu égard à la garantie de propriété, la République helvétique n'avait pas voulu abolir ces charges et, en raison de sa situation économique dramatique, avait même été obligée d'y recourir à nouveau. L'Acte de Médiation précisait que là où ils subsistaient, comme à Zurich, ces droits étaient rachetables à une juste valeur et renvoyait pour le surplus à la législation cantonale. Ainsi pour Wattenwyl, un tel mouvement dans tout le pays, aboutissant à une nouvelle révolution, donnerait à la France le prétexte pour intervenir à nouveau militairement, avec cette fois des conséquences des plus dommageables pour l'unité du pays. Il préférait donc tuer dans l'œuf la sédition.

Parmi les défenseurs les plus clairvoyants du fédéralisme, Wattenwyl souhaite renforcer le seul domaine de l'Acte de Médiation qui maintient une certaine centralisation, à savoir le domaine militaire, et ce, afin d'éviter que ne se reproduise ce qui avait provoqué la chute de Berne et de l'ancienne Confédération: l'invasion française de 1798. Ce renforcement prévu par le landammann Wattenwyl empiète en temps de paix sur les compétences réservées aux cantons par l'Acte de Médiation. Il est paradoxal de relever avec Étienne Hofmann que ceux qui s'opposent à cette centralisation sont justement ceux qui l'avaient défendue sous la République unitaire parce qu'ils étaient devenus particulièrement sensibles à la souveraineté de leur canton nouvellement acquise et, pour les Vaudois, parce qu'ils craignaient d'en faire les frais en raison des aspirations des tenants de l'aile bernoise la plus conservatrice. Alors que la Diète s'occupe de l'organisation militaire en 1804, Wattenwyl entend quant à lui faire adopter des mesures qui la centralisent au détriment des cantons, outrepassant ainsi ce qui était prévu dans l'Acte de Médiation, raison de l'opposition vaudoise. Celle-ci est également motivée par l'absence d'officiers provenant du canton de Vaud et des nouveaux cantons de 1803 dans le projet de Wattenwyl d'état-major fédéral en temps de paix.

À propos de ces charges féodales de nature réelle, comme la dîme et le cens, auxquelles s'ajoutaient encore d'autres de nature personnelle, observons que, de tous les habitants de Suisse, ceux du canton de Vaud les subissaient le plus. C'est la raison pour laquelle, au printemps 1802, une partie des paysans vaudois avait décidé d'y mettre fin en brûlant les titres qui les attestaient et qui étaient conservés dans les châteaux et les archives des villes vaudoises. Le calme revenu lors du retour de Monod à la tête de la préfecture du canton de Vaud, les autorités helvétiques réfugiées à Lausanne, face au développement de la guerre civile et de l'avancée des troupes fédéralistes, avaient décrété, le 22 septembre 1802, pour conforter les paysans vaudois dans leur attitude loyale à l'égard de la République, l'abolition de tous les droits féodaux dans ce canton. La dîme et le cens l'étaient mais moyennant rachat par le canton de Vaud à ceux qui les détenaient. Une autre catégorie de charges féodales de nature réelle était supprimée dans la foulée mais sans indemnisation: les lods. Ce droit prélevé lors d'un transfert de propriété immobilière, la République helvétique l'avait transformé en droit de mutation pour ceux qui étaient en mains de l'État et aboli sans indemnités pour ceux détenus par des particuliers. Ces derniers, bernois et vaudois, vont alors tout entreprendre pour être indemnisés. En 1804, soutenus par Berne, et son avoyer Wattenwyl, qui est aussi landammann de la Suisse, ils font valoir leurs revendications auprès de la Diète afin de faire plier le canton de Vaud.

La crainte de Monod et des Vaudois, en 1804, est la déstabilisation provoquée dans le canton par les revendications des propriétaires de lods, relayées par le clan pro-bernois et appuyées encore par l'aile ultra conservatrice bernoise qui, avec l'aide du Bernois Wattenwyl, et avec l'appui de la Diète confédérale, pourraient à nouveau déclencher des heurts à l'intérieur du canton de Vaud. Dans cette situation, on redoute à Lausanne, que Wattenwyl, s'il obtenait le renforcement de l'armée auquel il aspirait, n'intervienne, comme il l'avait fait à Zurich pour rétablir l'ordre, donnant ainsi l'occasion aux Bernois de reprendre le contrôle du Pays de Vaud perdu depuis 1798.

Dans la question de la liquidation de la dette de la République helvétique, Étienne Hofmann poursuit son œuvre de pionnier en étudiant la situation complexe du canton de Vaud à la suite du retour de la Suisse à la structure confédérale. À qui, s'interroge Étienne Hofmann, pourront s'adresser les créanciers de la République helvétique? En outre, Vaud et Argovie sont nés de la scission d'avec Berne, dont les propriétés doivent être ainsi partagées entre eux. La Consulta de Paris s'en était préoccupée afin d'éviter que les débuts de cette nouvelle Confédération ne soient obérés par un passif trop lourd à assurer et que des contentieux ne mettent à mal la paix retrouvée entre les cantons. L'Acte de Médiation avait ainsi prévu que les avoirs et placements à l'étranger avant 1798, notamment ceux importants de Berne, serviraient en premier lieu à la dette et qu'un éventuel reliquat serait partagé entre Berne et ses anciens sujets. Wattenwyl, qui y participait, s'y était opposé mais ce qu'il n'avait pas obtenu en 1803, il l'obtint alors qu'il est landammann de la Suisse en 1804. En effet, les Vaudois apprennent en 1804 que la commission de liquidation établie par l'Acte de Médiation s'est montrée partielle en faveur de Berne au préjudice des nouveaux cantons. Aucun recours n'est possible contre les décisions de cette commission, si ce n'est celui adressé au médiateur.

Étienne Hofmann décrit avec acuité ce contexte de vives tensions entre forces progressistes et conservatrices, ces dernières manifestant beaucoup de réticences à accepter les acquis de la République helvétique, même tempérés et bénéficiant du soutien du canton de Berne solidaire des classes dirigeantes d'Ancien Régime. Quant au Pays de Vaud, Berne affirme qu'il ne veut pas se le réapproprier car une telle opération, en raison de l'état moral et politique des Vaudois, aurait comme conséquence de déstabiliser son régime. Étienne Hofmann montre que dans les rapports avec les Vaudois, le comportement d'une personnalité comme Wattenwyl, fier Bernois de vieille souche à la posture hautaine, n'est pas adéquat. Davantage de confiance et d'ouverture de la part du landammann auraient évité bien des tracas comme le remarque un observateur contemporain. De leur côté, les Vaudois ne sont pas en reste. Leur zèle à défendre la toute récente souveraineté de leur canton ne les incite pas au rapprochement avec Berne. Susceptibles et orgueilleux, cassants et incapables d'avoir une attitude conciliatrice, ils sont réduits à s'en référer à Napoléon qui est leur seul soutien. Chaque camp sait pertinemment qu'une fois l'empereur mort, Vaud perdra son soutien. Tels sont l'espoir des conservateurs bernois et la crainte des Vaudois, dont Monod.

Face à cette opposition entre Berne et Vaud, les deux cantons envoient chacun une députation à Paris auprès du médiateur en 1804. Wattenwyl y délègue Affry, le landammann fribourgeois de la Suisse en 1803, pour plaider sa cause dans la question du renforcement de l'organisation militaire et dans celle des lods afin que l'empereur mette les Vaudois au pas. Le gouvernement vaudois, quant à lui, désigne Monod avec la mission comportant les objets principaux suivants: faire connaître à l'empereur le danger que constituent les tentatives de violer l'Acte de Médiation projetées par Berne et par un



certain nombre de cantons gouvernés par les conservateurs dans le domaine de la défense; obtenir de l'empereur qu'il confirme l'attitude vaudoise à propos des lods; demander à Napoléon la rectification du résultat obtenu par la commission de liquidation de la dette helvétique pour ne pas porter préjudice aux cantons de Vaud et d'Argovie comme cela a été le cas en faveur de Berne.

Quelle sera la réaction de l'empereur face aux doléances de ces deux ambassades? Le lecteur la découvrira en lisant les pages passionnantes d'Étienne Hofmann dont l'épilogue n'aura d'ailleurs pas lieu à l'époque de la Médiation, mais sous la Restauration. Ainsi de larges pans d'une période de l'histoire suisse – la Médiation et son contexte –, pas encore suffisamment étudiés, nous sont dévoilés par Étienne Hofmann, dans cet ouvrage approfondi et rigoureux, se fondant principalement sur des documents d'archives présentés avec grande clarté.

Victor Monnier (†)

Lina Gafner, *Schreibarbeit. Die alltägliche Wissenspraxis eines Bieler Arztes im 19. Jahrhundert*, Tübingen: Mohr Siebeck, 2016 (Historische Wissensforschung, Bd. 7), 290 Seiten, 11 Abbildungen.

Was ist ein Arzt in der Schweiz des 19. Jahrhunderts – und wie dokumentiert er seine Tätigkeit? Lina Gafners Studie *Schreibarbeit*, 2015 von der philosophisch-historischen Fakultät der Universität Bern als Dissertation angenommen, geht diesen Fragen auf den Grund. Untersuchungsgegenstand ist das 55 handschriftliche Bände umfassende «Praxisjournal» von Cäsar Adolf Bloesch (1804–1863), der sich als Arzt, Politiker und Historiker in Biel einen Namen machte. Wie im Titel deutlich wird, interessiert sich die Autorin für die immense «Schreibarbeit», die Bloesch mit der Niederschrift seines «Tagebuchs ärztlicher Besuche und Verordnungen» leistete. Sie kann zeigen, dass er mit dieser nicht nur seine alltägliche medizinische Praxis über Jahrzehnte hinweg organisierte, sondern dass sein Schreiben Bloeschs Identität als Arzt und sein Selbstverständnis als wissenschaftlicher Experte massgeblich prägte.

In der Einleitung «Schreibarbeit Lesen» knüpft Gafner an verschiedene jüngere Forschungsrichtungen an, um ihre Untersuchung der Bloesch'schen «Schreibpraxis» disziplinar zu verorten: an die neuere Wissensgeschichte mit ihrem Fokus auf der Produktion und der Materialität von Wissen, an die Literaturgeschichte mit ihrer Betonung der Bedeutung des Schreibens für die Wissensgenerierung, sowie an das neuere Forschungsfeld der «paper technology» (Volker Hess) mit seinem Interesse für Techniken und Praktiken der Notation. Ziel der Autorin ist die «Situierung der ärztlichen Praxis und der Schreibarbeit Bloeschs in der Geschichte der Medizin und des ärztlichen Standes, aber auch in der Verwaltungsgeschichte und im Kontext der Staatsbildung» (S. 5). Gafner versteht ihre Studie als Beitrag zu einer Medizingeschichte der Sattelzeit, für die sie historiografisch gesehen einen «toten Winkel» zwischen vormoderner und moderner Medizin identifiziert (S. 3). In Anlehnung an die Mikrogeschichte begreift sie Bloeschs Journal als Ausdruck des «ungewöhnlich Normalen», das durch den Blick auf alltägliche Praktiken erlauben soll, die Umbrüche und die strukturellen Veränderungen des 19. Jahrhunderts (Professionalisierung, Staatsbildung, Verwissenschaftlichung) besser zu verstehen (S. 8).

Die Studie gliedert sich in drei Teile und spannt den Bogen von der Funktion, die Bloeschs Schreiben für seine eigene privatärztliche Tätigkeit hatte, über die Fachöffentlichkeit als «Resonanzraum» seiner Aktenführung bis hin zu den vorstrukturierten Schreibformaten wie Impftabellen, Zeugnisse oder Gutachten, die in das Tagebuch Ein-

gang fanden. Diese sehr überzeugende Strukturierung ihres Themas ermöglicht Gafner, die individuelle Schreibpraxis Bloesch in dreierlei Hinsicht zu kontextualisieren: in ihrem Verhältnis zur medizinischen Wissenschaft der Zeit, in ihrem Bezug zur sich formierenden Ärzteschaft und ihrer «Vergesellschaftung» in lokalen ärztlichen Vereinen sowie schliesslich in ihrem Verhältnis zur staatlichen Verwaltung.

Der erste Teil («Schreiben für sich») klärt die pragmatischen, administrativen und epistemischen Funktionen, die das Führen seines Journals für Bloesch erfüllte. Das Tagebuch erweist sich als das Resultat eines mehrstufigen Aufschreibeprozesses am Krankenbett, das durch die Regelmässigkeit des Schreibens sowie des späteren Konsultierens und Redigierens zu einem «Zeuge[n] vollzogener Handlungen» wird (S. 25). Gafners punktuelle Text- und Schriftanalyse der täglichen Einträge zeigt zum einen, wie der «methodische Individualismus» Bloesch – er stützt sich auf Krankheitszeichen, nicht Diagnosen – im Kontrast zu zeitgenössischen Bemühungen in Klinik und Verwaltung steht, Aufschreibesysteme zu formalisieren (S. 62). Zum anderen interpretiert sie Bloeschs «Verunsicherung über das Verhältnis von Theorie und Praxis» überzeugend als Ausdruck eines allgemeineren «Krisenbewusstseins» (S. 32) in der zeitgenössischen Medizin, die sich als Erfahrungswissenschaft verstanden wissen wollte und sich deshalb einerseits von den nicht-akademischen Empirikern abzugrenzen und andererseits als einheitlicher gelehrter Stand zu profilieren versuchte. Während Bloeschs tägliche Einträge das stete Interesse des Empirikers für die «Problemstellungen» (S. 88) des Einzelfalls dokumentieren, verraten seine monatlichen Rückblicke ein über die Jahre zunehmendes Interesse an der Einordnung, der Generalisierung und Systematisierung von Wissen: Sie enthalten meteorologische Aufzeichnungen und epidemiologische Beobachtungen über den Gesundheitszustand der Bevölkerung und spiegeln somit die zeitgenössische Nachfrage nach medizinischen Topografien.

Im zweiten Teil ihrer Studie («Unter Kollegen») untersucht Gafner «kollektive und kommunikative Praktiken der Wissensproduktion» (S. 93) in der Fachöffentlichkeit der akademisch gebildeten Mediziner. Anhand der Akten der *Medizinisch chirurgischen Gesellschaft des Cantons Bern* (ab 1809) und des Bieler Bezirksvereins (ab 1845) und mit dem Fokus auf den Streit um die Reform des Medizinalwesens zeigt sie, wie die lokalen Ärzte in die politischen Grabenkämpfe der Zeit involviert waren und verschiedene Formen der Geselligkeit in den Vereinen dazu nutzten, politische sowie wissenschaftliche Konflikte zu überwinden und ihr Fachkollegium als Einheit zu konstituieren. Als langjähriger Präsident des Bezirksvereins sowie Gemeindepräsident der Stadt Biel erscheint Bloesch in diesem Kontext als liberal-konservativer Lokalpolitiker, der sich für die Interessen der Stadt gegenüber dem Kanton einsetzte.

Der dritte Teil («Öffentliches Schreiben») nimmt die im Journal enthaltenen gerichtsärztlichen Gutachten, ärztlichen Zeugnisse sowie Impftabellen unter die Lupe, um die Verbindungen zwischen ärztlicher Praxis und öffentlicher Verwaltung offenzulegen. Anhand dieser Formate «öffentlichen Schreibens» – Gafner charakterisiert sie treffend als ein «Schreiben und Denken nach Vorschrift» (S. 161) – wird deutlich, wie die Ärzte als neue Experten administrativ in den Staat eingebunden wurden. Zwar entsprach das Aufkommen der Medizinalstatistik ihrem Interesse an kollektivem Empirismus; der mit der Statistik verbundene Zwang zur Vereinheitlichung stand aber auch im Spannungsverhältnis zur ärztlichen Praxis, die der Vielfalt und Individualität von Einzelfällen Rechnung tragen musste. Das Verfassen amtlicher Zeugnisse machte die Ärzte jenseits ihres therapeutischen Erfolges zu «professionalisierten Zeugen» und verhalf ihnen zu «sozialem

Kapital» (S. 218). Abschliessend demonstriert Gafner, wie das Tagebuch, ursprünglich als rein administratives Instrument begonnen, für seinen Autor mit den Jahren zu einem «Ort der Selbstverwaltung» wurde. Dies wird an den rückblickenden und selbstreflektierenden Passagen deutlich, die gegen Ende von Bloesch's Lebenszeit zunahmen und ein Manuskript bildeten, das posthum als autobiografische Schrift publiziert wurde. Das Tagebuch offenbart sich hier «als Gefäss des Geständnisses, als ein protestantischer Ersatz des Beichtvaters und nicht zuletzt als eine konsequente Weiterführung der Buchhaltung» (S. 238).

Mit ihrer Studie leistet Gafner einen wichtigen Beitrag zur Geschichte ärztlichen Schreibens – insbesondere auch zu Fallgeschichten – und zur Geschichte der Schweizer Ärzteschaft im 19. Jahrhundert. Es gelingt ihr beispielhaft, jenseits eines Entdecker- und Erfolgsnarrativs die Figur Bloesch's in ihrem historischen Kontext zu verorten und dabei zu demonstrieren, welch grosses Potential die Quelle «Praxisjournal» birgt, wenn man das Verwobensein ärztlichen Schreibens mit der öffentlich-administrativen Praxis untersucht. Positiv hervorzuheben sind darüber hinaus Gafner's präzise Sprache, ihre luziden Quellenanalysen und ihr Gespür für die Ambivalenzen und Spannungsverhältnisse in der Medizin des 19. Jahrhunderts, das in ihrem multiperspektivischen Blick auf Akteure, Ereignisse und Schrift zum Ausdruck kommt. Das Buch «Schreibarbeit» erfordert also keine anstrengende «Lesearbeit»: Vielmehr liest man die Studie mit grossem Vergnügen und Erkenntnisgewinn.

*Maria Böhmer, Universität Zürich*

Helena Kanyar Becker (Hg.), **Pionierin der Kinderzüge. Erinnerungen an Mathilde Paravicini (1875–1954)**, Basel: Schwabe Verlag, 2017 (Publikationen der Universitätsbibliothek Basel, Band 45), 151 Seiten, 68 Abbildungen.

Lange Zeit standen Frauen, die sich während des Zweiten Weltkriegs zumeist unentgeltlich für Flüchtlinge engagiert hatten, nicht im Fokus der Geschichtsschreibung. Erst in jüngster Zeit näherten sich verschiedene Autorinnen und Autoren, darunter als eine der ersten Helena Kanyar Becker, diesem vergessenen Kapitel der Schweizer Geschichte an. Ihr neuestes Buch untersucht das Wirken der Baslerin Mathilde Paravicini (1875–1954), die als «Engel von Basel» Flüchtlinge im Ersten und Zweiten Weltkrieg betreute.

Mathilde Paravicini wurde am 9. Juni 1875 in eine Patrizierfamilie geboren. Ihr Vater besass Eisenwerke im jurassischen Lucelle und war als Kaufmann tätig. Während Mathilde Paravicini's Schulzeit wurde das Geschäft von schweren Verlusten getroffen und so lernte sie schon früh Not kennen, was prägend für ihr späteres Wirken war. Dies war auch ein Grund, weshalb alle fünf Töchter eine Ausbildung absolvierten, was für die damalige Zeit aussergewöhnlich war. Mathilde Paravicini erlernte das Schneiderhandwerk in Paris und gab ihr Wissen in Kursen an Schülerinnen weiter. Während des Ersten Weltkrieges betreute sie Flüchtlinge aus Nordfrankreich, zunächst in Schaffhausen, später in Basel. Ab 1917 holte Mathilde Paravicini kriegsbedingte Kinder in sogenannten «Kinderzügen» zur Erholung in die Schweiz. Nach der nationalsozialistischen Machtergreifung setzte sie sich für das *Schweizerische Hilfswerk für Emigrantenkinder (SHEK)* ein und führte Erholungsaufenthalte für überwiegend jüdische Kinder aus Paris durch. 1940, als die *Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für kriegsgeschädigte Kinder (SAK)* die Kinderzüge übernahm, wurden jüdische Kinder nach einem Entscheid der schweizerischen Fremdenpolizei von den Erholungsaufenthalten ausgeschlossen. Mathilde Paravicini holte nun besonders vom Krieg betroffene französische Kinder in die Schweiz, darunter Waisen und

Halbwaisen, oder Kinder, deren Eltern in Gefängnissen oder Konzentrationslagern inhaftiert waren. 1942 wurden die Kinderzüge verboten. Die Nationalsozialisten besetzten die freie Zone in Frankreich und begannen mit den Deportationen von Jüdinnen und Juden, von Sinti und Roma und von weiteren vom Regime Verfolgten in die Vernichtungslager. In der Schweiz wurden die Grenzen geschlossen; «Flüchtlinge nur aus Rassegründen» waren nicht als verfolgte Menschen anerkannt. Erst im November 1944 konnten die Kinderzüge von Frankreich aus wieder fahren. Sehr eindrücklich ist der Text «Kinder kommen in die Schweiz», den Mathilde Paravicini 1944 verfasste. Es wird deutlich, dass Paravicini aus den relativ bescheidenen Anfängen der Kinderzüge einen Grossbetrieb aufgebaut hatte, der bis Kriegsende Tausende erholungsbedürftige Kinder in die Schweiz holte. Sie arbeitete gegen Kriegsende für die vom Bundesrat initiierte *Schweizer Spende an die Kriegsgeschädigten* und brachte bis 1948 erneut Kinder aus Europa zur Erholung. Auch abseits der Flüchtlingshilfe war Paravicini sehr engagiert. Die zeitlebens ledig gebliebene Frau amtierte als erste Präsidentin in der *Vereinigung für Frauenstimmrecht Basel und Umgebung*. Sie war Vorsteherin des *Bahnhofswerks der Freundinnen junger Mädchen*, einer Vereinigung, welche junge Frauen betreute und ihnen Unterkunft bot, um sie vor der Prostitution zu schützen. Daneben sorgte sie für ihre erblindete Schwester Helene und war ihrer ganzen Familie sehr verbunden. Am 10. Juni 1954 starb Mathilde Paravicini im Alter von 79 Jahren in Basel.

Der Schwerpunkt des vorliegenden Buches liegt auf den vielfältigen und in einer verständlichen und bildhaften Sprache umschriebenen biographischen Erinnerungen an Mathilde Paravicini. Es ist Helena Kanyar Becker gelungen, durch das Zusammentragen ganz unterschiedlicher Quellen, darunter zahlreicher Fotografien, das Leben dieser beeindruckenden Frau fassbar zu machen. Weitere Dokumente erschliessen die eindrückliche Familiengeschichte der Paravicini. Ein Teil des Geschlechtes der Paravicini hatte sich bereits im Jahre 1620 in Basel als Glaubensflüchtlinge niedergelassen, Familienmitglieder amtierten als Pfarrer, Lehrer, Kaufleute, Diplomaten und Offiziere. Helena Kanyar Becker führte für das vorliegende Buch Interviews mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, unter ihnen auch Grossneffen und eine Grossnichte von Mathilde Paravicini. Diese Gespräche geben Einblick in die Kindheit, Jugend und Erwachsenenjahre von Mathilde Paravicini und enthalten zahlreiche Alltagserinnerungen und liebevolle Anekdoten. Das Buch weckt den Eindruck einer unermüdeten Frau, welche sich ganz in den Dienst ihrer Mitmenschen stellte. Aus internationaler Perspektive ist Mathilde Paravicini eine der bekanntesten Schweizerinnen des 20. Jahrhunderts. 1922 zeichnete sie die französische Regierung als «Ritter» und 1946 als «Offizier der Ehrenlegion» für ihre Flüchtlingshilfe zur Zeit der beiden Weltkriege aus. Ein Denkmal, welches Mathilde Paravicini als Flüchtlingshelferin darstellt, erinnert noch heute in Schaffhausen an diese Zeit. 1942 ehrte sie die Medizinische Fakultät der Universität Basel als erste Frau mit dem Ehrendokortitel. 1964, zehn Jahre nach ihrem Tod, wurde eine Basler Strasse nach Mathilde Paravicini benannt, es war die erste Strasse, welche einen Frauennamen erhielt. Es ist zu hoffen, dass Mathilde Paravicini auch in der Schweiz an Bekanntheit gewinnen wird – nicht zuletzt durch dieses Buch, das ihr ein würdiges Andenken setzt.

*Susanne Businger, Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*

Francesco Spöring, *Mission und Sozialhygiene. Schweizer Anti-Alkohol-Aktivismus im Kontext von Internationalismus und Kolonialismus, 1886–1939*, Göttingen: Wallstein, 2017, 388 Seiten, acht Abbildungen.

Der in der Basler Abstinenzbewegung aktive Jurist Eugen Blocher schrieb 1911 im «Handwörterbuch der Schweizerischen Volkswirtschaft» nicht ohne Genugtuung, dass die medizinische und wissenschaftliche Betrachtungsweise der Alkoholfrage «von der Schweiz ausgegangen» sei und von hier aus die «neue Epoche im Weltkampfe gegen den Alkohol» eingeläutet worden sei. Man kann dies auf den ersten Blick als selbststakklamierende Übertreibung lesen, allerdings wird nach der Lektüre des sehr lesenswerten Buches von Francesco Spöring auch deutlich, dass die schweizerische Anti-Alkoholbewegung in der Tat ein bedeutender Knotenpunkt im Netz der internationalen Temperenz- und Abstinenzbemühungen war und aus den helvetischen Anti-Alkoholbewegungen wesentliche und international nachhallende Impulse zur Medikalisierung des Alkoholgenusses hervorgegangen sind. Das Erkenntnisinteresse von Spörings an der ETH Zürich entstandener Dissertationsschrift erschöpft sich freilich nicht darin, die schweizerischen Akteure in ihren transnationalen Wirkungsräumen zu verorten; darüber hinaus fragt er auch nach der Präsenz kolonialer Denkmuster und Sprachfiguren im schweizerischen Anti-Alkoholdiskurs und problematisiert die zeitgenössisch bemühten Abgrenzungen zwischen wissenschaftlich und religiös motivierten alkoholgegenerischen Positionen. Damit liefert Spöring sowohl einen wichtigen Beitrag zur Geschichte der Alkoholfrage und der Anti-Alkoholbewegungen als auch zu einer transnationalen Perspektiverweiterung auf die Geschichte der Schweiz im ausgehenden 19. und im frühen 20. Jahrhundert.

Im ersten Kapitel des Buches verortet Spöring die Anti-Alkoholakteure der Schweiz im internationalen Kontext. Nach der Schilderung der Formierungsphase alkoholgegenerischer Vereinigungen im 19. Jahrhundert nimmt er einerseits mit der Basler Missionsgesellschaft eine vor allem religiös motivierte alkoholgegenerische Gruppe in den Blick, um dann andererseits anhand der von Auguste Forel und Gustav von Bunge geprägten sozialhygienischen Abstinenzbewegung und des ausführlich thematisierten Guttemplerordens eine ihrem Selbstverständnis nach primär wissenschaftlich motivierte Alkoholgegenerenschaft vorzustellen. In einem weiteren Abschnitt geht er auf die Aktivitäten des in Genf ansässigen *International Bureau against Alcoholism* und dessen Rolle in der 1925 in Genf organisierten Internationalen Konferenz gegen den Alkoholismus ein und verdeutlicht an diesem Beispiel die geografische, soziale und politische Reichweite der alkoholgegenerischen Netzwerke, deren Anliegen es schliesslich gar auf die Agenda des Völkerbundes schafften.

Nach dieser etwas lang geratenen Verortung der schweizerischen Akteure im internationalen Feld der Anti-Alkoholbewegungen, bei der die Relevanz der detailreichen Ausführungen für die im Zentrum stehenden Fragestellungen nicht immer ganz deutlich wird, folgt der eigentliche analytische Hauptteil der Arbeit. Inspiriert von Jacques Derridas Bemerkungen zur «Rhetorik der Droge» unternimmt Spöring hier den Versuch, die oft mäandrierenden und normativ aufgeladenen alkoholgegenerischen Diskurse in drei strukturelle Analysekatoren zu bündeln, die er als «Rhetorik der Freiheit», «Rhetorik der Natürlichkeit» und «Rhetorik der Wirklichkeit» bezeichnet.

Der in den untersuchten Diskursen omnipräsente Topos der Freiheit wurde in den alkoholgegenerischen «Zivilisierungsmissionen» laut Spöring in den begrifflichen Dichotomien «Innen» und «Aussen», «Mensch» und «Tier» sowie «Leib» und «Geist» verhandelt. Diese diskursiven Rahmungen schufen Parallelen zwischen wissenschaftlichen und

religiösen Alkoholgegnern. Beklagten etwa die Basler Missionare im westafrikanischen Kontext die in ihrer Sicht auch vom internationalen Alkoholhandel mitverantwortete «Sklaverei des Schnapstrinkens», die sich insbesondere bei der angeblich willensschwachen und zu Sinnlichkeit neigenden afrikanischen Bevölkerung besonders eklatant auswirke, thematisierten die sozialhygienisch orientierten Repräsentanten die Alkoholsucht als eine «medikalisierte Sklaverei des Geistes». Für die mit der Arbeiterbewegung sympathisierenden Abstinenzbefürworter war Nüchternheit zudem nicht nur mit innerer Selbstbestimmung verbunden, sondern auch mit äusserer politischer Mitbestimmung.

Die Alkoholfrage wurde um die Jahrhundertwende auch vor dem Hintergrund einer ambivalenten, zwischen Degenerationsbefürchtungen und Fortschrittsoptimismus oszillierenden Stimmung verhandelt. In diesem Kontext verortet Spöring die «Rhetorik der Natürlichkeit», mit welcher sowohl szientistische wie religiöse Alkoholgegner ihre Argumente unterfütterten. Dies zeigte sich etwa sowohl in der Assoziierung von «fuselhaltigem Schnaps» mit «Unreinheit», wie auch in der Tendenz zur Biologisierung bestimmter Trinkmuster: Sei es, dass die Basler Mission der afrikanischen Bevölkerung eine genetische Prädisposition zu fehlender Selbstkontrolle zuschrieb, oder sei es, dass die Sozialhygieniker in ihrer Aneignung sozialdarwinistischer Erklärungsmuster auch eugenische Massnahmen wie die Sterilisation Alkoholabhängiger befürworteten. Obwohl der Autor hier ähnlich gelagerte Deutungsmuster ausmacht, kommt er doch zum Schluss, dass biologistische Erklärungen für exzessives Trinkverhalten in der sozialhygienischen Abstinenzbewegung expliziter und öfter artikuliert wurden als dies bei den Basler Missionsvertretern der Fall war.

Dass das Alkoholtrinken und die damit verbundenen sozialen Folgen zusehends in medizinischer Fachsprache verhandelt, mit statistischen Erhebungen gemessen und mit Schaubildern illustriert wurden, thematisiert Spöring als die «Rhetorik der Wirklichkeit». Hier werden Strategien untersucht, mittels welcher die Anti-Alkoholakteure ihre Anschauungen und Überzeugungen als «echt», «wahr» und «authentisch» zu vermitteln versuchten. Am Beispiel des in Ghana wirkenden Missionsarztes Rudolf Fisch und der Blaukreuz-Bewegung wird etwa aufgezeigt, wie sozialhygienische und medizinische Wahrheitsansprüche nicht immer spannungsfrei mit der Bekämpfung von heidnischen Ritualen in Westafrika verbunden wurden. Interessant sind zudem die Konflikte zwischen Abstinenz- und Temperenzbefürwortern innerhalb der Missionsärzteschaft, die in mancherlei Hinsicht alkoholkritische Frontlinien spiegelten, die auch die schweizerischen Kontroversen prägten. Solch strukturelle Ähnlichkeiten arbeitet der Verfasser auch auf anderen Ebenen heraus: Beklagten etwa die Missionsärzte die Rolle von afrikanischen «Fetischpriestern», die ihre Rituale angeblich mit exzessivem Schnapskonsum begleiteten, fand die sozialhygienische Abstinenzbewegung in den tradierten schweizerischen Trinksitzen Formen des Alkoholgenusses, die ihr zuweilen nicht minder ritualisiert und fetischhaft erschienen als die kulturellen Bräuche in Westafrika. Aberglaube in Westafrika und Eskapismus in der Schweiz erschienen mitunter als verwandte Formen einer mit Alkohol erwirkten Abkehr vor der «Wirklichkeit».

Aberundet wird das Buch mit einer Schlussbetrachtung, in der Spöring seine Forschungsergebnisse noch einmal pointiert auf koloniale Denkmuster im schweizerischen Anti-Alkoholdiskurs und auf transnationale Medikalisierungsbestrebungen befragt.

Mit *Mission und Sozialhygiene* legt Francesco Spöring ein Buch vor, das man auch im Kontext der jüngst angerissenen Debatte über «*Colonialism without Colonies*» mit Erkenntnisgewinn liest. Am Beispiel des Anti-Alkoholdiskurses wird hier deutlich

gemacht, wie koloniale Vorstellungswelten in schweizerische Kontexte einsickerten und wie umgekehrt die «Zivilisierungsmissionen» in Westafrika von Wahrnehmungs- und Deutungskategorien in Bezug auf den Alkoholenuss geprägt wurden, die mithin in den helvetischen Diskursen über eine rationale Lebensführung entwickelt worden waren. So gelingt es dem Autor, strukturelle Ähnlichkeiten in den Anti-Alkoholdiskursen in der Schweiz und im kolonialen Kontext Westafrikas herauszuarbeiten. Etwas unscharf bleiben in diesem Zusammenhang allerdings die konkreten Bezugnahmen, Aneignungsformen und Funktionalisierungen solch kolonialer Sprachfiguren und Topoi in spezifischen diskursiven und sozialen Kontexten. Es bleibt hier bei der Andeutung, dass diese Formen der Übertragung kolonialer Denkfiguren in den Anti-Alkoholdiskurs der Schweiz die Auseinandersetzungen über die «soziale Frage» verschärft haben könnte, aber dies wird nicht tiefgreifender untersucht. Auch bleibt der Zusammenhang zwischen den beiden von Spöring ins Zentrum gerückten Gesichtspunkten einer «transnationalen Medikalisierung» der Alkoholfrage und der Präsenz kolonialer Denkfiguren im schweizerischen Anti-Alkoholdiskurs unklar. Die beiden Thesen stehen zuweilen etwas unverbunden nebeneinander, ohne dass die konkreten Zusammenhänge und Interdependenzen herausgearbeitet würden. Eine ähnlich gelagerte Problematik lässt sich auch in Bezug auf die räumlichen Konfigurationen der Studie zwischen Westafrika und der Schweiz feststellen. Es entsteht hier der Eindruck, als handele es sich eher um Parallelgeschichten der kritischen Thematisierung des Alkohols als um eine eigentliche Verflechtungsgeschichte, für welche die konkreten transnationalen Zirkulationsbewegungen, Aneignungspraktiken und Verwendungsformen alkoholgegenerischer Topoi empirisch etwas genauer hätten untersucht werden müssen.

Überzeugend ist hingegen die Komposition des Buches, die von den drei angesprochenen «Rhetoriken» getragen wird. Abgesehen von der orientierungstiftenden Funktion erschliessen diese drei «Rhetoriken» auch heuristische und analytische Potentiale für die Auswertung des vielfältigen alkoholgegenerischen Schrifttums, das neben den ergänzend beigezogenen Archivquellen aus dem Archiv der Basler Mission und dem Archiv des Völkerbundes in Genf den hauptsächlichen Quellenkorpus der Studie bildet. Insbesondere gelingt es dem Verfasser dadurch, die von den zeitgenössischen Akteuren bemühten Abgrenzungsstrategien zwischen religiöser und szientistischer Alkoholkritik zu hinterfragen und gemeinsame Bezugspunkte und normative Werthaltungen herauszuarbeiten. Insbesondere in der «Ethik der Nächstenliebe», der «Askese als Mittel der Selbsterkenntnis» und im «Denken in langfristigen Zeithorizonten» sieht Spöring vergleichbare Leitvisionen, welche quer lagen zu den Abgrenzungsbestrebungen zwischen unterschiedlich motivierten Alkoholgegnern und -gegnerinnen. Insgesamt liefert das Buch einen erfrischenden Blick auf die Geschichte des Anti-Alkoholaktivismus in der Schweiz und erschliesst neue Fragehorizonte einer transnational erweiterten Geschichte der modernen Schweiz.

*Juri Auderset, Fribourg / Bern*

Robert Gerwarth, *Les Vaincus. Violences et guerres civiles sur les décombres des empires, 1917–1923*, Paris: Seuil, 2017 (trad. de l'anglais, coll. L'Univers historique), 580 pages, 30 illustrations.

La Première Guerre mondiale ne s'est pas achevée le 11 novembre 1918. Les conflits armés entre les nations, les révolutions et les guerres civiles se sont poursuivis des années durant après l'armistice. Pendant l'entre-deux-guerres, il n'était pas inhabituel de situer la cessation des hostilités sur le continent européen non à la défaite des puissances centrales

en automne 1918, mais au moment de la fin de la résistance passive allemande à l'occupation de la Ruhr, cinq ans plus tard. Entre ces deux dates, en effet, l'Europe a été secouée par une succession de crises ininterrompues qui ont causé un nombre de victimes civiles et militaires presque équivalent à la totalité des soldats tombés sur les champs de bataille pendant la Grande Guerre. De la Révolution bolchevique et ses suites aux conflits russo-polonais et gréco-turque, en passant par le chaos social qui a régné plusieurs années en Allemagne, en Autriche ou en Italie, une chape de violences a recouvert une Europe exsangue. Robert Gerwarth a voulu débiter la narration de cette époque par l'évocation du massacre de Smyrne de septembre 1922: l'armée turque mit la ville à feu et à sang sous les regards médusés des Occidentaux qui observaient la scène depuis des navires ancrés dans le port, sans qu'ils vinssent en aide aux Grecs et aux Arméniens. À vrai dire, l'historien n'avait que l'embaras du choix. Au cours de ces guerres après la guerre, les peuples d'Europe ont été réduits à l'état de barbarie le plus primaire.

Paru en anglais en 2016, *Les Vaincus*, dont la traduction française est sortie l'année suivante chez Seuil, est un curieux ouvrage. Arguant que les années 1917–1923 sont trop peu connues et qu'elles sont souvent traitées au travers d'une approche étroitement nationale, Gerwarth, professeur au Centre for War Studies de l'University College de Dublin, fait le pari ambitieux de proposer une synthèse d'histoire politique pour l'ensemble de l'Europe. Son exposé est structuré autour de deux idées principales. À l'encontre de la thèse d'une brutalisation qui aurait touché l'intégralité de la société européenne après la Grande Guerre, défendue comme on le sait par George Mosse il y a de cela trois décennies, l'historien allemand soutient que les violences seraient, avant tout, les enfants indésirés de la défaite militaire. Pour preuve, la France et la Grande-Bretagne ont été largement épargnées par un tel phénomène, tandis que l'Italie ne serait pas un contre-exemple valable puisque sa victoire aurait été mutilée par les grandes puissances à Versailles. Voilà pour la première idée. Quant à la seconde, elle consiste à affirmer que plus que la guerre elle-même, la période étudiée aurait eu un impact déterminant sur la suite malheureuse des événements. La révolution russe et les réactions qu'elle a provoquées, le découpage territorial de l'Europe et les séquelles laissées par cette période funeste ont préparé des désastres plus grands encore. Exemple parmi d'autres, le mythe du complot judéo-bolchevique, qui fera sinistrement florès s'est forgé durant ces années d'après-guerre, pendant ce qui a été un moment juif de la politique européenne.

Que penser de telles idées, si ce n'est qu'elles ont la force de la simplicité et la faiblesse de l'évidence? Et c'est bien là un des défauts essentiels de l'ouvrage de Gerwarth que de n'avancer aucune thèse novatrice. Non seulement son livre n'amène rien de plus d'un point de vue factuel aux synthèses sur l'entre-deux-guerres rédigées par des historiens plus chevronnés – la somme récente de Ian Kershaw vient naturellement à l'esprit –, mais encore sa narration manque de lignes directrices. En dépit de son ambition initiale, Gerwarth relate les uns après les autres les épisodes sanglants des années 1917–1923, sans qu'un tableau global ressorte clairement, tout cela en commettant de surprenantes omissions. L'hyperinflation allemande et l'occupation de la Ruhr sont ainsi presque ignorées, bien que, selon l'usage, Gerwarth situe le début de la stabilisation éphémère de l'Europe durant les années 1920 avec l'entame du plan Dawes. Arrivé au terme des *Vaincus*, le lecteur aura sans doute été quelque peu étourdi par les longs détails sur les violences extrêmes commises aux quatre coins de l'Europe – dans le style d'un Orlando Figes pour la révolution russe, hélas, sans le talent narratif de l'historien britannique – mais surtout il se demandera, perplexe, quel genre d'ouvrage il a entre ses mains. Est-ce



une histoire militaire, une histoire des relations internationales ou une histoire de la violence humaine? Un peu tout cela à la fois, et, finalement, un peu rien aussi.

Il serait facile d'allonger la liste des critiques. On cherche en vain une prise en compte du facteur économique dans la crise européenne ou des dissensions politiques entre la France et la Grande-Bretagne. Le propos sur les conséquences des traités de paix et la Société des Nations est, lui, trop superficiel au regard des innombrables études sur la question. Alors que Gerwarth fait preuve d'intelligence dans son traitement de l'histoire de l'Europe de l'Est, il manque le coche au sujet de l'avènement du fascisme italien et, plus étonnamment, de la crise de la République de Weimar, ce spécialiste d'histoire allemande nous gratifiant de pages sur l'accouchement difficile de la démocratie dignes d'un manuel scolaire. On regrettera finalement certaines erreurs qui, loin d'être des futilités, décrédibilisent considérablement l'auteur. Par exemple, on apprendra que l'Empire ottoman serait entré en guerre aux côtés des Centraux en août 1914, puis que l'Italie aurait eu un gouvernement dominé par les socialistes en 1919 et 1920, ou que Hitler aurait été tenté par l'extrême-gauche à la fin du conflit mondial.

*Les Vaincus* ne satisfera donc ni les spécialistes de la période, ni les amateurs d'histoire moins avertis. Cela n'enlève rien à l'intérêt de cette synthèse dont le sentiment d'inachevé que procure la lecture aura au moins le mérite, on l'espère, d'inviter les historiens suisses à se diriger vers d'autres œuvres de ce type afin de mieux replacer l'évolution de la société et de la politique helvétique du premier après-guerre dans une perspective internationale. Car, en dépit de ses évidentes lacunes, on ne peut s'empêcher de se demander, devant cet ouvrage rédigé par un professeur d'une quarantaine d'années en Irlande, s'il y a un seul spécialiste du XX<sup>e</sup> siècle en Suisse qui serait capable de réaliser un livre semblable sur l'histoire de l'Europe. Force est de constater que, pour les années 1920, aucun d'entre eux ne s'y est risqué. Sans doute, ont-ils des tâches plus importantes à accomplir.

*Christophe Farquet, Fonds national suisse de la recherche scientifique*

Lea Bloch, «**Ich glaubte, ins Paradies zu kommen**». **Leben und Überleben des Flüchtlings Kurt Bergheimer in der Schweiz**, Zürich: Chronos, 2018 (Beiträge zur Geschichte und Kultur der Juden in der Schweiz, Bd. 18), 196 Seiten, 36 Abbildungen.

Die vielzitierte Hinwendung der Geschichtswissenschaft zum Individuum und zur Biographie ist ein Werk reicher. Lea Blochs Untersuchung «Ich glaubte ins Paradies zu kommen» stellt den jüdischen Flüchtling Kurt Bergheimer (1925–2007) ins Zentrum. Exemplarisch dient sein Schicksal, um die Schweizer Flüchtlingspolitik während des Zweiten Weltkriegs sowie den Umgang mit Flüchtlingen in der Nachkriegszeit zu umreissen. Ein besonderes Augenmerk wird – angesichts Bergheimers Alter bei seiner Flucht in die Schweiz – auf die Auswirkungen gelegt, die Flucht- und Holocausterfahrung auf Jugendliche hatten.

Die Einleitung des Buches («Zu diesem Buch», S. 9–15) beinhaltet eine kurze Zusammenfassung der Biographie Bergheimers, eine historische Einordnung sowie einen Überblick über den Forschungsstand. Die Publikation ist aus der Masterarbeit der Autorin entstanden. Die Einleitung wird mit der Erklärung abgeschlossen, dass die Autorin die Hauptpersonen, Kurt Bergheimer und Bertha Bigler, eine Flüchtlingshelferin und die spätere Adoptivmutter von Kurt Bergheimer, in ihrer Darstellung beim Vornamen nennen wird. Ihre Begründung ist nachvollziehbar: «Diese Darstellung hat sich aus den vielen persönlichen Quellenmaterialien ergeben und trägt dazu bei, der Leserin und dem Leser

die Protagonisten der Erzählung näherzubringen.» (S. 15). Dennoch lässt die Verwendung der Vornamen den Eindruck mangelnder Objektivität oder Distanzierung zum Forschungsthema entstehen.

Der erste Abschnitt des erzählenden Teils schildert Bergheimers Leben bis zu seiner Ankunft in der Schweiz (von der Autorin in der Einleitung irrtümlicherweise bezeichnet als «das Leben von Kurt Bergheimer vor der Verfolgung», S. 12). Kurt Bergheimer stammte ursprünglich aus Deutschland. Er wurde gemeinsam mit seinen Adoptiveltern nach Gurs und Rivesaltes deportiert. Während seine Adoptiveltern in Auschwitz ermordet wurden, gelang ihm die Flucht in die Schweiz, die er sich als «Paradies» (S. 30.) imaginierte, das Zitat, das im Titel des Buches aufgenommen wird.

Die Chronologie der Geschichte wird an dieser Stelle von der Autorin bewusst und in einer spannenden Weise durchbrochen: Statt die Biographie linear weiterzuführen, folgt ein ausführliches Kapitel zur Flüchtlingspolitik der Schweiz (S. 33–41), in dem sich die Autorin einerseits mit der offiziellen Politik und Praxis gegenüber Flüchtlingen, andererseits mit dem Leben in der Internierung befasst. Das theoretische und einordnende Kapitel ist eins der stärksten des Buches.

Im Anschluss an das theoretische Kapitel kehrt die Autorin zur Geschichte Bergheimers zurück. Sie geht dabei nicht streng chronologisch vor, sondern wählt fünf Thematiken (von der Autorin «Beziehungen» genannt), anhand deren sie sein Leben in der Schweiz aufzeigt: Die Beziehung Bergheimers zur Schweiz, zu den zivilen Institutionen (z. B. Bildung), seine gesellschaftlichen und persönlichen Beziehungen sowie seine Selbstbeziehung. Diese thematische Erzählweise ist gut gewählt und ermöglicht eine interessante Schwerpunktsetzung. Die Kapitel werden jeweils durch ein Zwischenfazit abgeschlossen, das die Lesbarkeit erhöht und die Leserschaft leitet. Gleichzeitig führt dieses Vorgehen aber auch zu gelegentlichen Redundanzen und Zeitsprüngen. Im Allgemeinen zeigt die Autorin jedoch in gelungener Weise auf, wie Bergheimer sich in der Schweiz einzufinden versuchte und beschreibt seinen Kampf mit Behörden und Institutionen, um in der Schweiz bleiben und seine Ausbildung beziehungsweise seinen Lebensunterhalt finanzieren zu können. Sie scheut sich dabei nicht, auch Ambivalenzen oder kritische Punkte zu thematisieren, so die Vermutung, «dass Kurt und Bertha aus der Beziehung vom VSJF [Verband Schweizerischer Jüdischer Flüchtlingshilfen/Fürsorgen] Vorteile gezogen haben, indem sie finanzielle Unterstützung annahmen, die sie vielleicht gar nicht benötigten» (S. 73), seine asymmetrische Beziehung zu Bertha Bigler (S. 80f.) oder Bergheimers Überlegungen zu einer möglichen Homosexualität (S. 90). Im ansonsten aufschlussreichen und kritischen Kapitel über die «Selbstbeziehung» stört die Übernahme der Quellsprache mit der Bezeichnung von jungen Frauen als «Mädchen» (S. 90f.).

Kapitel 5 widmet sich Bergheimers Leben nach der Einbürgerung. Auch hier bestehen gelegentlich Redundanzen zu anderen Kapiteln, beispielsweise wenn wiederum die Beziehung zu Bertha Bigler oder Bergheimers «Selbstbeziehung» aufgenommen wird. In Kapitel 6 schliesslich resümiert die Autorin einige Konstanten und Wandlungen in Bergheimers Leben und schliesst ihre Ausführungen mit Reflexionen (S. 139f.) ab. Diese abschliessenden Überlegungen sind aus der persönlichen Sicht von Lea Bloch verfasst und geben dem Buch eine spannende zusätzliche, subjektive Note.

Die Erörterungen zur Methodik («Quellen und Methodik», S. 147–149) folgen erst am Schluss des Buches, wobei im Unterkapitel «Quellen» (S. 147–149) Informationen zum Quellenkorpus und methodisch-theoretische Erörterungen vermischt werden. Durch die Einordnung am Ende des Buches erscheinen diese Kapitel wie Fremdkörper, was

zusätzlich dadurch verstärkt wird, dass die Autorin zwar auf unterschiedliche Kategorien von Selbstzeugnissen und Ego-Dokumenten eingeht und eine Unterscheidung zwischen «echten» und «unechten» Tagebüchern macht (S. 148), diese Überlegungen aber nur wenig Eingang in den Hauptteil fanden. Gerade die Tatsache, dass Bergheimer «die Erlebnisse der Jahre 1925 bis Anfang 1945 [...] nachträglich niedergeschrieben» (ebd.) hat, hätte bei der kritischen Einordnung der jeweiligen Tagebucheinträge beachtet werden sollen.

An einigen Stellen gelingt der Autorin eine kritische Betrachtung von Selbstzeugnissen durchaus, wenn sie beispielsweise auf die Stimmung Bergheimers beim Tagebuchschreiben eingeht und dazu festhält, dass dieser seine Tagebucheinträge oft in einer getrübbten, pessimistischen Gemütslage verfasste und deswegen der Eindruck entstehen könnte, dass auch sein Leben so geprägt gewesen wäre. Dieser Eindruck hingegen trüge: «Kurts Sicht auf das Leben war also nicht so pessimistisch und er weniger deprimiert, als es sein Tagebuch vermittelt.» (S. 91.)

Das Buch von Lea Bloch ist eine solide und reichhaltige Biographie Kurt Bergheimers. Der Autorin gelingt es, sein Leben und seine Person umfassend darzustellen und der Leserin / dem Leser mitsamt seinen Ambivalenzen und Brüchen näherzubringen. Kurt Bergheimer wird dabei als Person beschrieben, die durch Glück in die Schweiz hat flüchten und – u. a. durch die tatkräftige Hilfe von Bertha Bigler, aber insbesondere auch von jüdischen Institutionen – eine neue Existenz hat aufbauen können. Dass dabei die Untersuchung zu Bergheimers Leben für die Autorin nicht isoliert steht, zeigt der letzte Satz ihrer Reflexionen, in dem sie vom Umgang mit (minderjährigen) Flüchtlingen in der Schweiz während des Zweiten Weltkriegs sowie in der Nachkriegszeit eine Linie zieht zu unbegleiteten Jugendlichen, die heute nach Europa flüchten (S. 140).

*Sabina Bossert, Zürich*

Anne-Françoise Praz, Pierre Avanzino, Rebecca Crettaz, *Les murs du silence. Abus sexuels et maltraitances d'enfants placés à l'Institut Marini*, Neuchâtel: Alphil, 2018, 228 pages.

Mandatée par l'évêque de Lausanne, Genève et Fribourg, l'enquête menée par Anne-Françoise Praz, Pierre Avanzino et Rebecca Crettaz sur les maltraitances et abus sexuels commis à l'Institut Marini (FR) répond à une intense mobilisation d'anciens pensionnaires. L'ouvrage qui en résulte découle ainsi du travail de mémoire entrepris récemment en Suisse comme à l'étranger au sujet des mesures de coercition à des fins d'assistance. Avoués sans détour, les écueils qu'implique une telle demande sociale pour les historiens sont bien connus de l'équipe de recherche, dont les membres ont été engagés par le passé dans des démarches similaires. Il faut donc d'emblée saluer le positionnement transparent et avisé de leur travail qui se fraye un chemin entre les intérêts des victimes et des autorités, la nécessité de livrer une étude accessible à un large public et le risque de produire un récit téléologique qui idéalise le présent.

S'ouvrant sur l'examen démographique de l'Institut, le propos distingue deux catégories de pensionnaires: les Alémaniques inscrits par leurs parents afin d'apprendre le français et les Romands, majoritairement placés par des instances officielles telles que services sociaux ou autorités tutélaires. À leur arrivée, ceux-ci apparaissent particulièrement fragilisés par un parcours tumultueux et par la stigmatisation qui frappe les milieux pauvres, *a fortiori* lorsqu'il s'agit d'enfants illégitimes. Souvent dépourvus de soutien familial ou social, ces jeunes garçons se trouvent ainsi démunis pour affronter le quotidien

de Marini, fait de religiosité, de discipline, de monotonie, de frugalité et de labeur. Sur la période étudiée (1929–1955), des irrégularités de divers ordres sont relevées. Tout d’abord, le travail à l’exploitation agricole, rendu indispensable à l’équilibre budgétaire de l’institution en raison d’un financement public lacunaire, semble parfois prendre le pas sur la scolarité des enfants. Plus systématique, la prévalence des punitions corporelles dans la discipline de l’établissement contraste avec l’évolution des préceptes pédagogiques qui caractérise les régions protestantes à la même époque. Surtout, elle contrevient aux directives épiscopales en vigueur dès 1924, qui réprouvent ces châtiments pour les enfants ayant atteint l’âge de raison.

Au cœur du mandat confié aux chercheurs, la question des abus sexuels est abordée dès le troisième chapitre. Une analyse subtile des témoignages recueillis détaille l’impact de ces violences récurrentes sur des victimes manipulées et délibérément isolées, dont le malaise est d’autant plus marqué que les sévices subis contredisent de manière flagrante l’éducation religieuse dispensée à l’Institut. Du côté des responsables de Marini, à une époque où la littérature scientifique tend à sous-évaluer les conséquences psychologiques de tels abus, la préoccupation première porte alors sur le danger *moral* encouru par les enfants. Au total, ce sont vingt-et-une victimes et onze abuseurs que les historiens identifient dans les archives en retraçant les vagues de dénonciations qui traversent la période. Estimation minimale – soulignent à juste titre les auteurs –, la révélation des faits se heurtant systématiquement aux efforts de dissimulation que déploient les abuseurs, mais également les autorités lorsque des accusations leur parviennent. Chantage, pressions, menaces, dénégation et euphémisation des gestes commis: tout concourt à réduire au silence les éventuels plaignants, afin d’éviter le scandale et, le cas échéant, de gérer ces affaires à l’interne en mutant les fautifs.

Cette «stratégie du secret» (p. 101), adroitement documentée, correspond par ailleurs plus généralement à l’attitude adoptée par l’Église dès le milieu du XIX<sup>e</sup> siècle. Rompant avec la pratique antérieure, le pape Pie IX impose en 1866 le secret autour des affaires d’abus, désormais confinées au giron de la juridiction ecclésiastique. À deux reprises pourtant, en 1954 et 1956, les événements qui secouent Marini échappent à cette mainmise et sont portés devant la justice pénale. Malgré cela, la discrétion reste de mise et la presse fribourgeoise se signale alors par son mutisme. En définitive, cette injonction au silence pèsera bien longtemps sur les anciens pensionnaires qui, aujourd’hui encore, peinent à évoquer les souvenirs de leur placement dont les séquelles paraissent bien souvent indélébiles.

La construction intelligente de l’ouvrage montre comment le parcours antérieur au placement et les conditions de vie à l’Institut précarisent la situation des enfants et conditionnent leur réaction aux abus. La composition interne des cinq chapitres appelle toutefois une remarque. Chacun d’entre eux débute par une section fondée exclusivement sur des témoignages. Dans un deuxième temps seulement intervient le recoupement avec les archives de l’Évêché et les archives de l’État de Fribourg, avant une mise en contexte qu’alimente une littérature secondaire pertinemment sélectionnée. Si ce choix répond au souci explicite de se tenir au plus près de l’expérience des pensionnaires, il a toutefois pour conséquence d’inhiber l’analyse de certains extraits de sources particulièrement significatifs. Par ailleurs, au vu de la prépondérance qui leur est ménagée dans la recherche, on peut regretter que le propos épistémologique consacré aux sources testimoniales escamote quelque peu les questionnements désormais classiques autour de

la construction de la mémoire et des problèmes méthodologiques que pose l'usage des témoignages en histoire.

Ces remarques n'entament cependant nullement l'intérêt de l'ouvrage dont l'un des principaux mérites est d'avoir su exposer la dimension systémique des violences, à laquelle contribuent l'insuffisance du contrôle sur l'établissement, l'asymétrie des rapports de pouvoir entre abuseurs et abusés qu'accroît le prestige du clergé, les tabous autour de la sexualité, ou encore le «réflexe de défense institutionnel» (p. 139) de l'Église dans les situations critiques. Là résidait bien l'enjeu – et le défi – de cette enquête qui dépasse ainsi l'étude d'une succession d'affaires dans leur individualité pour dévoiler les facteurs structurels ouvrant la voie aux abus. C'est à ce titre qu'elle est susceptible de nourrir les réflexions actuelles sur la prévention de telles exactions.

*Sandrine Maulini, Haute école de santé Vaud / HES-SO*

**Numa Graa, *Entre communisme et frontisme. La défense de l'ordre public vaudois 1932–1939*, Lausanne: Bibliothèque historique vaudoise, 2018, 671 pages.**

La thèse de doctorat de Numa Graa porte sur la dialectique entre les exigences du maintien de l'ordre public et la protection des libertés individuelles. Dans son introduction, l'auteur explicite cette problématique, à vrai dire davantage en juriste (il est déjà avocat) qu'en historien. Puis, dans un chapitre intitulé «Prolégomènes», il remonte à la grève générale de 1918. On y voit que la création de gardes civiques bourgeoises anticipe sur la présence de dangers réels pour la démocratie. Chaque partie décrit ensuite la situation politique et l'arsenal juridique sur les plans fédéral et cantonal. Pour la période 1932–1936, et bien que Numa Graa évite tout jugement personnel, on constate une certaine complaisance des autorités et de la justice vaudoises face aux mouvements d'extrême droite, alors qu'elles s'acharnent sur le Parti communiste, à vrai dire insignifiant dans le canton. L'auteur accorde une importance à nos yeux exagérée à la turbulente mais très marginale Fédération fasciste suisse du colonel Arthur Fonjallaz, mais sous-estime le véritable danger pour l'ordre établi que constituait une Ligue vaudoise alors explicitement antidémocratique et dont l'influence diffuse était grande dans l'élite politique, sociale et intellectuelle vaudoise.

La deuxième partie de ce gros ouvrage nous conduit de la Guerre d'Espagne à la Seconde Guerre mondiale. De bonnes pages sont consacrées à l'acharnement contre le Parti communiste, qui conduisit finalement à son interdiction dans le canton en 1938. Mais les organisations de la gauche non communiste (Parti socialiste, syndicats) sont aussi dans le collimateur de la police, des autorités politiques et de la justice. On lira avec intérêt le sous-chapitre traitant des pressions populaires et politiques, au sortir de la guerre, visant à expulser de Suisse les éléments nationaux-socialistes et fascistes très présents dans les colonies allemandes et surtout italiennes, auxquelles l'auteur a consacré préalablement des pages intéressantes.

Il faut rendre hommage à Numa Graa pour son énorme travail de recherche. Il a compulsé des kilomètres d'archives. Il a bien maîtrisé et utilisé une imposante bibliographie, quasi exhaustive. Cet ouvrage suscite néanmoins de sérieuses réserves. Passons sur le style volontiers précieux – et un peu suranné – de l'auteur qui témoigne d'une prédilection pour le subjonctif imparfait à la troisième personne du pluriel ... Mais l'essentiel n'est pas là. On s'étonne d'abord devant un plan qui traite d'événements datant de 1935–1936, avant de revenir en arrière avec la fusillade de Genève du 9 novembre 1932 et ses conséquences lausannoises, alors que celles-ci ont manifestement influencé

ceux-là. Surtout, le livre est essentiellement constitué d'une chronique extrêmement détaillée (dont la lecture est un peu fastidieuse, avouons-le) de cas particuliers énumérés sans véritable hiérarchisation et qui ne suscitent guère de conclusions personnelles. Ne sommes-nous pas là en présence d'une approche très positiviste de l'histoire?

Néanmoins cette thèse (trop) volumineuse conservera son utilité. Les historiens qui traiteront de tel ou tel aspect de cette époque de grandes tensions politiques pourront se référer à l'énorme base de données factuelles qu'elle constitue.

*Pierre Jeanneret, Grandvaux*

Michael Hagemester, *Die «Protokolle der Weisen von Zion» vor Gericht. Der Berner Prozess 1933–1937 und die «antisemitische Internationale»*, Zürich: Chronos, 2017 (Veröffentlichungen des Archivs für Zeitgeschichte ETH Zürich, Bd. 10), 648 Seiten, 39 Abbildungen.

Die sogenannten «Protokolle der Weisen von Zion», eine antisemitische Fälschung, bezichtigt Juden, durch eine Verschwörung die Weltherrschaft an sich reißen zu wollen; das angeblich authentische Dokument ist seit den frühen 1920er Jahren im Umlauf. Es gibt vor, eine geheime Sitzung der Verschwörer zu protokollieren, in der die Strategien und Taktiken, wie sämtliche Bereiche des politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens unterwandert werden sollen, besprochen werden. Michael Hagemester, ein deutscher Historiker und Slawist, befasst sich seit über 30 Jahren mit der Entstehung, Verbreitung und Rezeption der «Protokolle» und gilt als einer der besten Kenner der Materie. Das vorliegende Buch ist denn auch viel mehr als eine Darstellung des Prozesses gegen die Verbreitung der «Protokolle» vor dem Berner Gericht in den Jahren 1933 bis 1937.

In der ausführlichen Einleitung geht der Autor auf den Inhalt sowie die komplexe und bis heute nicht genau geklärte Entstehungsgeschichte der Fälschung ein. Dank seiner profunden Kenntnisse des Gegenstandes gelingt es ihm, zahlreiche Mythen um die Entstehungsgeschichte zu entkräften. Hagemester gilt auch als der beste Kenner der Quellenlage. Jahrzehntlang ging er jedem Hinweis nach und sichtete Material in Archiven in der Schweiz, in Israel, den USA, in Russland, Deutschland, Frankreich, Grossbritannien, Österreich, Dänemark und Südafrika.

Im zweiten Teil der Einleitung führt Hagemester in den Gerichtsprozess gegen die «Protokolle» ein. In der Schweiz wurde die Fälschung schon früh rezipiert und von der Frontenbewegung aufgegriffen. Um dem auch in der Schweiz immer aggressiver werdenden Antisemitismus entgegenzutreten, beschloss der Schweizerische Israelitische Gemeindebund (SIG), die Dachorganisation der jüdischen Gemeinden der Schweiz, den Judenhass im April und Mai 1933 im Rahmen einer Aktion zu bekämpfen. Als im Juni desselben Jahres im Anschluss an eine Grosskundgebung der «Nationalen Front» die «Protokolle» verteilt wurden, entschlossen sich der SIG und die Israelitische Kultusgemeinde Bern, Strafanzeige gegen die Gauleitung Bern des «Bundes National-Sozialistischer Eidgenossen» und gegen Unbekannt einzureichen. Die Kläger beriefen sich dabei auf ein nur im Kanton Bern existierendes Gesetz über das «Lichtspielwesen und Massnahmen gegen Schundliteratur». Angestrebt wurde die Klassifizierung der «Protokolle» als Schundliteratur und somit deren Verteilung oder der Verkauf als gesetzeswidrig. Wie von Kritikern ausserhalb der jüdischen Gemeinschaft schnell geäussert, ging es dem SIG tatsächlich nur am Rande um die Verantwortlichen der Kundgebung, sondern vielmehr um eine gerichtliche Bestätigung, dass es sich bei dieser infamen antisemitischen Ver-

schwörungstheorie um eine Fälschung handle. Hagemesters Interesse gilt weniger dem Ausgang des Prozesses als der Darstellung der Frühgeschichte der «Protokolle» im Prozess, also der detaillierten Rekonstruktion von Autorschaft und Auftraggeber vor Gericht.

In Kenntnis der Quellen vermag es der Autor jedoch, die im Prozess von Experten der Kläger konstruierte Entstehungsgeschichte zu widerlegen. Damit wird die seither auch in der Wissenschaft übernommene Sicht auf die Frühgeschichte dekonstruiert. Die Frage der Urheberschaft kann aber auch Hagemester nicht klären.

Die über 300-seitige Chronik des Prozesses macht schliesslich den Hauptteil des Werkes aus. Bis ins letzte Detail geht Hagemester auf der Basis der Akten dem Prozessgeschehen nach. Nachdem der Autor in der Einleitung den Prozessverlauf, die Hintergründe, die Gutachten und Strategien der Parteien kritisch analysiert und dargestellt hat, stehen in diesem gewichtigen Teil die Quellen unkommentiert im Vordergrund. Im Anschluss an die Chronik folgen schliesslich weitere wichtige, oft vom Autor kommentierte, Dokumente aus der Geschichte der «Protokolle».

Kurzbiographien aller am Prozess Beteiligter sowie von Personen, die einen Bezug zur Entstehungsgeschichte und zur Verbreitung der «Protokolle» haben, schliessen das Werk ab. Erstmals werden damit die vielschichtigen Bezüge zwischen unterschiedlichen Akteuren an einem Ort aufgezeigt. Das Buch schliesst mit einer ausführlichen Literatur- und Quellenliste.

Das vorliegende Buch muss als Standardwerk zur Geschichte der «Protokolle der Weisen von Zion» und zum Berner Prozess gegen die «Protokolle» gelten. Der Autor trägt darin sein fast enzyklopädisches Wissen über den Gegenstand zusammen. In Kombination mit den abgedruckten Akten, den Kurzbiographien und dem bibliographischen Anhang ist die Studie zudem als Nachschlagewerk für zukünftige Forscherinnen und Forscher zu verstehen. Der etwas spröde Schreibstil und die chronikhafte und dadurch doch sehr kleinteilige Darstellung im Hauptteil führt zwar nicht zu einem flüssigen Leseerlebnis, schmälert den Wert der Arbeit jedoch nicht, vielmehr wird dadurch das Ziel des Werkes erreicht: die kritische Darstellung der Frühgeschichte der «Protokolle» anhand der Quellen und das Aufzeigen der verfälschenden Darstellung der Urheberschaft im Berner Prozess anhand der lückenlosen Chronik.

*Stefanie Mahrer, Bern*

Erika Hebeisen, Gisela Hürlimann, Regula Schmid (Hg.), **Reformen jenseits der Revolte. Zürich in den langen Sechzigern**, Zürich: Chronos, 2018, 164 Seiten, zahlreiche Abbildungen.

Georg Weber (Hg.), **Rebellion unter Laubenbögen. Die Berner 1968er-Bewegung**, Basel: Zytglogge, 2018, 272 Seiten, zahlreiche Abbildungen.

Pünktlich zum fünfzigsten Jubiläum von 1968 sind zwei thematisch verwandte Sammelbände über die 68er-Bewegung in den Städten Zürich und Bern erschienen. Stärker noch als frühere Publikationen sind sie weggerückt von den medial transportierten Bildern von 1968 als dem Jahr der «Studentenunruhen» und den Auseinandersetzungen auf der Strasse. Die Akteursperspektive ist einem distanzierteren Blick auf die «langen Sechziger Jahre» vom Sputnik-Schock 1957 bis zu den Ausläufern in den 1970er Jahren gewichen.

An vielen Beiträgen wird deutlich, wie sehr sich die Selbstverständlichkeiten, die zu Anfang der 1950er Jahre noch festgefügt waren, zu wandeln begannen, wie sich ein neues gesellschaftliches Paradigma zu etablieren begann, das teilweise bis heute andauert. In bei-

den Publikation liegt der Fokus stärker auf den gesellschaftlich-kulturellen als auf den politischen Entwicklungen, was gut nachvollziehbar ist, da hier langfristig die viel bedeutenderen Auswirkungen zu verzeichnen sind.

Besonders ertragreich erscheinen Beiträge wie im Zürcher Band derjenige von Daniel Speich Chassé, in denen gezeigt wird, wie sehr sich die einzelnen Diskursebenen durchdrangen, die gemeinhin mit 1968 in Verbindung gebracht werden. Der Psychiater Berthold Rothschild, um ein Beispiel herauszugreifen, war in Paris mit den Debatten über die koloniale Vergangenheit Frankreichs in Berührung gekommen, 1967 hatte er den Sechstageskrieg in Israel aus der Nähe verfolgt. 1969 nahm er an der Gründungsversammlung der Antipsychoiatriebewegung in Rom teil, weiter war er treibendes Mitglied beim Aufbau der Homosexuellen Arbeitsgruppe Zürich (HAZ). Nachdem er an einer Kundgebung der Frauenbefreiungsbewegung (FBB) mit einem Penis aus Karton auf Frauen eingeschlagen hatte, wurde seine Stelle am Psychologischen Institut der Universität Zürich gestrichen. So organisierte er nach US-amerikanischem Vorbild 1971 eine eigentliche Gegenuniversität in Zürich.

Überhaupt waren die 1960er Jahre geprägt von zahlreichen Umbrüchen im Bildungsbereich. Anne Bosche beschreibt in einem erhellenden Beitrag, wie zwanglose Unterrichtsformen in die Zürcher Volksschule Einzug hielten. Im Kontext des Religionsunterrichts wurde das Fach Lebenskunde neu geschaffen, in dem Themen wie Drogenmissbrauch oder Sexualität behandelt wurden.

Doch mussten diese Veränderungen mitunter hart erkämpft werden, wie der Beitrag von Jakob Tanner über die Ostermarschbewegung deutlich macht. Am vierten Ostermarsch in der Schweiz, der 1966 von der schweizerischen Bewegung gegen die atomare Aufrüstung organisiert wurde, nahmen rund 350 Friedenswillige teil. Doch sie sahen sich mit einer massiven medialen Opposition konfrontiert: Der Schweizerische Aufklärungsdienst, faktisch eine private Staatsschutzorganisation, führte eine orchestrierte Kampagne, in der die Aktivisten als Kommunisten diffamiert wurden. Echte Schweizer, so der Tenor, hätten es nicht nötig, ihren Protest auf der Strasse auszudrücken, sie könnten an der Urne abstimmen und wählen gehen. Insgesamt kann Tanner überzeugend ausführen, wie anhand der Atomwaffendiskussion das politisch-kulturelle Selbstverständnis der Schweiz verhandelt wurde.

Herausragend im Zürcher Band ist der Beitrag von Elisabeth Joris über vier Pionierinnen vor und zeitgleich zur 68er-Bewegung. Berta Rahm führte als Architektin von 1940 bis 1966 in Zürich ein eigenes Büro und avancierte später zur Verlegerin feministischer Literatur. Auch die Juristin Gertrud Heintelmann, die Journalistin und Schriftstellerin Laure Wyss und die Kinderärztin und Psychologin Marie Meierhofer waren in zahlreichen feministischen Zusammenhängen aktiv. In der Lesart von Joris ist der Marsch der Frauen nach Bern von 1969 eher als Zeichen der Kontinuität denn als Bruch zwischen der alten und der neuen Frauenbewegung zu deuten – obwohl nicht wenige der alten Frauenrechtlerinnen die neue Bewegung mit ihren schrilleren Ausdrucksformen ablehnten.

Der Berner Sammelband *Rebellion unter Laubenbögen* ist stärker narrativ und weniger analytisch ausgerichtet als das Zürcher Pendant, er richtet sich an ein breiteres Publikum. Manches schöne Detail ist zu finden, etwa eine Beschreibung wie Berner Aktivisten 1961 einen Fackelumzug zum «Grab» des legendären Riesen Botti bei zwei Findlingen organisierten. Georg Weber zeichnet in der Nachfolge der umfangreichen Werke von Fredi Lerch das reiche kulturelle Leben in Bern nach: die Protagonisten der Gegenkultur trafen sich in legendären Orten wie der Junkere 37, so auch der Lebenskünstler und



Schriftsteller René E. Mueller, der, als personifizierte Antithese zu jeglicher Bürgerlichkeit, alle anderen um Geld anpumpte. Eine wichtige Rolle kommt dem Mythenforscher und Schriftsteller Sergius Golowin zu, der mit seiner Faszination für die Welt der Fahrenden, der Kräuterkundigen, der Kartenleger und der Handleser eine Gruppe von Gleichgesinnten um sich scharen konnte.

Zu einem bedeutenden Treffpunkt der Berner Gegenbewegung, geradezu einem «Mekka der Avantgarde», entwickelte sich die Kunsthalle mit ihrem Leiter Harald Szeemann. Besonders dessen Ausstellung «*When Attitudes Become Form*» (1969), die durch den Tabakgiganten Philip Morris finanziert wurde, hat sich ins kulturelle Gedächtnis eingepägt, wie François Grundbacher in seinem Beitrag ausführt. Die mutwillige Zerstörung des Berner Asphalts durch den amerikanischen Künstler Michael Heizer wurde als starkes Zeichen des «Aufbruchs» gedeutet. Doch stiessen die teils enigmatisch-konzeptionellen Werke bei vielen Besuchern auf Unverständnis und die Zeitung *Der Bund* veröffentlichte eine distanzierte Rezension mit dem Titel: «An meiner Schuhsohle klebt ein Kunstwerk».

Auch der zwischen 1955 und 1962 erbauten Siedlung Halen, einer Ikone des Neuen Bauens in einer Waldlichtung vor den Toren Berns, ist im Band ein informatives Kapitel gewidmet. Für den Bau der Eigentumswohnungen griffen die Architekten des Büros Atelier 5 in der Nachfolge Le Corbusiers auf industriell vorgefertigte Teile zurück. Das Architektenteam bestand ausschliesslich aus Männern, die 1961 in legerer Haltung gemeinsam auf einer Fotografie posierten. Doch wäre es den Autoren des Sammelbandes gut angestanden, ihren Blick auch auf die damals aktiven Frauen zu richten. Selbst in der Halensiedlung hätten sie fündig werden können. Immerhin war die dort lebende Esther Thormann 1956 in der deutschsprachigen Erstaufführung des avantgardistischen Stücks von Pablo Picasso «Wie man Wünsche am Schwanz packt» in Bern in der Rolle der «fetten Angst» aufgetreten, zusammen mit Meret Oppenheim, Beatrice Tschumi und Lilly Keller.

Auch das Kapitel der Berner Literatenszene kommt aus nicht nachvollziehbaren Gründen nahezu ohne die schreibenden Frauen aus. Warum finden Guido Bachmann, Walter Vogt oder Kurt Marti Erwähnung, nicht aber Mariella Mehr, die doch an vielen zentralen Diskursen der 68er mitbeteiligt war? In einem offenen Brief «Gopferdeckelduseckel» gegen die «Berner Poesietage ohne Poesie» hatte sie 1984 den dort auftretenden Autoren Paul Nizon, H.C. Artmann, E.Y. Meyer und Otto F. Walther entgegengeschleudert: «da sasst ihr und ich hätte jeden von euch fragen wollen, mit welchem selbstverständnis ihr euch erlaubt, das publikum mit derart mittelmässiger, provinzieller und sexistischer literatur zu beleidigen, doch ihr sasst so selbstgerecht hinter euren gläsern, befriedigt von eurem billigen onanierreigen, dass mir kotzübel wurde.» Gerade in einem Band, in dem das breite kulturelle Erbe der 68er in Bern verhandelt wird, hätten die männerzentrierten Strukturen des damaligen Berner Literaturbetriebs nicht unhinterfragt und allzu unkritisch reproduziert werden sollen.

Insgesamt bieten beide Publikationen reiches Anschauungsmaterial zu den verschiedenen Facetten der 68er-Bewegung in Zürich und Bern. Manche Entdeckung lässt sich machen, nicht zuletzt auch auf den ansprechenden Fotografien. Man fühlt sich geradezu aufgefordert, sich erneut in die damalige Literatur einzulesen und in die Musik einzuhören.

*Andreas Schwab, Bern*

Onur Erdur, **Die epistemologischen Jahre. Philosophie und Biologie in Frankreich, 1960–1980**, Zürich: Chronos, 2018 (Interferenzen – Studien zur Kulturgeschichte der Technik, Bd. 24), 400 Seiten.

Die zwei Jahrzehnte von 1960 bis 1980 in Frankreich, mit denen sich Onur Erdur in seiner Studie befasst, bezeichnet er als «epistemologische Jahre». Als Begründer der modernen Epistemologie in Frankreich gilt Gaston Bachelard, der unumwunden postulierte, dass die Philosophie aus den exakten Naturwissenschaften hervorgehe. Nach Erdur muss man die Geschichte der Philosophie stets auch in ihren Bezugnahmen auf die dominanten Wissenschaften lesen. Für die Epistemologie handelte es sich dabei nicht mehr um die Physik, sondern um die Biologie, genauer die Molekularbiologie. Für ihre Leistungen auf diesem Feld erhielten François Jacob, Jacques Monod und André Lwoff 1965 den Nobelpreis für Medizin und Physiologie. Mit der zeitgleichen «Entschlüsselung» des genetischen Codes schien sich eine Revolution anzukündigen: Jacob und Monod, die am *Institut Pasteur* Karriere machten und Lehrstühle am *Collège de France* innehatten, waren die französischen Stars der entstehenden Leitwissenschaft. Erdur geht in seinem Buch der «sowohl philosophiegeschichtlich als auch geschichtswissenschaftlich unterbelichtet» (S. 11) gebliebenen Frage nach, wie die philosophische Richtung, die heute auch den schönen Namen *French Theory* trägt, von molekularbiologischem Wissen im Sinne epistemologischer Ereignisse beeinflusst war. Methodologisch verortet er sich dabei – unter Bezugnahme auf Ludwik Fleck, Michel Foucault und Bruno Latour – in der Wissenschafts- und kulturellen Bedingtheit sowie persönliche Motive in den Blick und fragt, wie Wissen zirkulierte.

In den ersten beiden Kapiteln setzt sich Erdur ausgehend im Jahr 1965 mit der Epistemologie und mit der Biologie auseinander. Dabei werden die (nur wenige Strassenzüge voneinander entfernt liegenden) wichtigen Institutionen, an denen beide Disziplinen erforscht wurden, in ihren Austauschzusammenhängen beleuchtet. Zu diesen gehörte das *Institut Pasteur* mit seiner laborbasierten Wissenschaftsproduktion, die *École normale supérieure*, die als Ausbildungsstätte einer philosophischen «Kaste» fungierte und auch naturwissenschaftliches Wissen vermittelte, sowie das Institut für Wissenschafts- und Technikgeschichte der Sorbonne, das die Verbindung zwischen Wissenschaft und Philosophie pflegte und eine philosophische Elite in epistemologischem Denken schulte. Für den Austausch über die Disziplingrenzen hinweg sorgte auch das *Collège de France*. In diesem Netz der Auseinandersetzung mit Wissenschaftsformen bewegten sich Philosophen wie Georges Canguilhem, Louis Althusser, Michel Foucault und Jean Hyppolite sowie die Humanwissenschaftler Claude-Lévi Strauss, Pierre Bourdieu und Edgar Morin. Auch auf Seiten der Biologie formierte sich über die «Pasteur-Connection» so etwas wie ein Denkkollektiv. In dieser auf diverse Institutionen und Fakultäten verstreuten Wissenschaftslandschaft spielten Presse und Radio eine wichtige Rolle für das Zusammenkommen der Akteure und für die Vermittlung von Wissen.

Im dritten Kapitel steht die Entwicklung der Molekularbiologie hin zu einem zentralen Bezugspunkt für die Philosophie im Fokus. Die zeitgenössischen Philosophen verwiesen auf den Bruch zwischen dem natürlichen Gegenstand der in Frankreich noch einflussreichen vitalistischen und lamarckistischen Physiologie und dem biologischen Gegenstand der Molekularbiologie, wobei letzterer labortechnisch erst hergestellt wurde und als eine logische Ableitung einer Erfindung des Lebens zu gelten hatte. Es bedurfte einer neuen Philosophie, um diese neue Wissenschaft zu beschreiben. Canguilhem, der in den 1940er und 1950er Jahren bereits wissenschaftliche Brüche ausgemacht hatte, sollte

nun eine wichtige Rolle spielen für die Konzeptionalisierung dieses neuen wissenschaftlichen Denkens. In der 1966 erschienen Neuauflage seiner Doktorarbeit setzte er die Informationstheorie als unteilbar, weil sie nicht mehr zwischen Natur- und Denkprozessen oder zwischen Gegenstand (lebende Materie als Informationssystem) und Erkenntnisvorgang (Information als naturalisierendes Modell) unterschied. Er beobachtete, dass die Molekularbiologie Begriffe wie *Botschaft*, *Information*, *Programm* und *Code* aus der Sprachtheorie und Kommunikationstheorie übernahm. Dabei erschien das Leben als in Materie eingeschriebener (sprachloser, aus vormenschlichen Zeichenprozessen bestehender) Sinn, der der menschlichen Dekodierung vorgängig ist. Das Geheimnis des Lebens lag scheinbar in einer Serie von Aminosäuren, in der sich die Differenz durch Mutationen materialisiert. Trotz seiner Faszination warnte Canguilhem vor der Erfüllung der Heilversprechen der Molekularbiologie, etwa dem Ziel, Krankheiten auszumerzen, denn deren Einlösung könnte sich als das schlimmere Übel erweisen.

Auch Michel Foucault machte die Molekularbiologie für seine Erkenntnistheorie fruchtbar. So handelte es sich bei der Episteme um eine Ordnung, die dem menschlichen Wissen zugrunde liegt und ihm (analog dem genetischen Code für den Organismus) vorausgeht. Epistemologie und Strukturalismus teilten einen theoretischen Antihumanismus. Die «Philosophien ohne Subjekt» (S. 137) von Foucault, Strauss, Althusser und Jacques Lacan waren gegen hermeneutische, metaphysische und subjektzentrierte Zugänge gerichtet. Auch Gilles Deleuze, der Foucault als den Erneuerer der Epistemologie las, bezog sich bereits in den 1960er Jahren im Zusammenhang epistemologischer Fragen auf biologisches Wissen. Die im französischen Fernsehen gezeigte Sendung *Vivre et parler* (1967) macht deutlich, dass es die Philosophen, Anthropologen und Linguisten viel eher als die Biologen waren, die dazu neigten, den genetischen Code nicht nur in Analogie zur Sprache, sondern als natürliche Sprache zu deuten.

Allerdings nahmen die Auseinandersetzungen der Philosophie mit der Molekularbiologie 1968 politische Formen an, wie Erdur im vierten Kapitel seiner Studie zeigt. In diesem Prozess wurde die Kontaktzone zwischen Biologen und Philosophen, wie an der Begegnung zwischen Monod und Althusser vorgeführt, zur Kampfzone. Denn der Biologe gab sich nicht länger mit der Wissensproduktion im Labor zufrieden. Sein Wissen, darauf bestand er, hatte Deutungsmacht für Geschichte und Gesellschaft, womit er in die Hoheitsgebiete der Philosophie eindrang (siehe auch Kapitel 6).

Im Gegensatz zu Monods bestimmtem Auftreten auf der öffentlichen Bühne wurde Jacobs erfolgreiche Geschichte des Vererbungsdenkens, *La logique du vivant* (1970), von Canguilhem und Foucault hoch gelobt, wie Erdur im fünften Kapitel herausarbeitet. In der Einleitung zum Buch mit der Überschrift «Das Programm» – ein dem Computer entliehenes Modell – erscheint das Leben als vorprogrammiert und der Organismus als blosse Verwirklichung des genetischen Codes. Die Geschichte der Wissenschaft der Vererbung begegnet der Leserin ihrerseits nicht als eine lineare Ideengeschichte, sondern als durchbrochene Serie von Epochen, die durch jeweils eigene Bereiche des Möglichen (Theorien, Vorstellungen, Objekte, Forschungsinstrumentarien, Praktiken etc.) gekennzeichnet sind. Weiter der französischen Tradition der Epistemologie folgend, steht hier nicht das Erkenntnissubjekt einer Wahrheit im Zentrum, sondern die Logik des Lebenden zeigt sich im Rahmen einer beweglichen Maschinerie zur Produktion von Wissen in diesem Bereich des Möglichen. Foucault sah seine Geschichte der Biologie, *Les mots et les choses* (1966), also nicht nur inhaltlich bestätigt, sondern auch seine Form der Wissenschaftsgeschichte als eine Geschichte der Episteme, die er später durch die dynamischere und empiri-

schere Diskursgeschichte, *Archéologie du savoir* (1969), präzisierte. Erdur resümiert: «Die Ähnlichkeiten zwischen Jacob und Foucault sind frappierend. Es lässt sich der Schluss ziehen, dass Foucault nicht auf inhaltlicher oder gar biologischer, sondern auf epistemologischer und methodischer Art an Jacob anknüpfte» (S. 238–239). Genealogie zu betreiben bedeutete denn auch für ihn, die Zufälle, Abweichungen, Irrtümer etc. nachzuvollziehen, die an der Wurzel dessen liegen, was wir erkennen und sind.

Erdurs Buch schliesst mit einem Kapitel, das die Ausdifferenzierung und auch den Verlust der Monopolstellung der Epistemologie in der französischen Philosophie ebenso zum Thema hat wie das Ende der «Fixierung» auf Jacob und Monod. Damit ist es im Kontext von Werken wie Philipp Sarasins *Darwin und Foucault* (2009) oder Henning Schmidgens Arbeiten zu Canguilhem zu verorten, die für die Geschichte der Kulturwissenschaften ebenfalls deren Faszination mit den Lebenswissenschaften thematisieren. Während die Empörung über den Anspruch auf eine generelle Deutungshoheit der Biologie von Seiten der Kulturwissenschaften – wie im Falle Canguilhems mit Bezug auf Monod – ein (leider notwendigerweise) geläufiges Phänomen darstellt, ist die Skala der positiven Bezugnahmen immer aufs Neue mit einem gewissen Staunen verbunden. Besonders kennzeichnend scheint für die französische Epistemologie und den Strukturalismus, dass es gerade darum ging, Sinn als abschliessendes Narrativ zurückzuweisen, zu einer Zeit, in der andere Molekularbiologen wie Emile Zuckerkandl sich daran machten, Geschichte in die Gensequenz einzuschreiben.<sup>2</sup> Dabei wurden die Moleküle zu Semantiden erhoben, zu linearen sinntragenden Einheiten, in denen mehr Geschichte präserviert und am Entstehen ist, als auf irgendeiner anderen organismischen Organisationsebene. Gleichzeitig scheint es gerade für Canguilhems Denkbewegungen schwierig, abschliessend festzustellen, ob Geschichte und Gene auf ontischer, methodologischer oder metaphorischer Ebene in ein Verhältnis gebracht werden.

Für die Wissenschaftsgeschichte und die Kulturwissenschaften allgemein ist Erdurs Buch ein lang erwarteter Beitrag, auch wenn einige Protagonisten wie Claude Lévi-Strauss mehr Aufmerksamkeit verdient hätten. Es ist gut strukturiert und klar formuliert, trotz einiger Wiederholungen und mitunter etwas langatmiger Passagen. Darüber hinaus bietet sich die Studie für einen akademischen Unterricht an, der explizit an den Verbindungen zwischen den Disziplinen, auch über Fakultätsgrenzen hinweg, interessiert ist.

*Marianne Sommer, Luzern*

**Boris Belge, Klingende Sowjetmoderne. Eine Musik- und Gesellschaftsgeschichte des Spätsozialismus**, Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2018 (Beiträge zur Geschichte Osteuropas, Bd. 50), 312 Seiten, 14 Abbildungen.

Boris Belges Monografie «Klingende Sowjetmoderne», die als Dissertation an der Universität Tübingen entstanden ist, befasst sich mit der Moskauer Troika. Diese Fremdbezeichnung fasst das lose Netzwerk dreier Komponistinnen und Komponisten im Spätsozialismus zusammen: Edison Denisov (\*1929), Sofia Gubaidulina (\*1931) und Alfred Schnittke (\*1934) brachen in den Brežnev-Jahren (1964–1982) zum einen mit Konventionen des Sozialistischen Realismus, legten in derselben Periode aber auch den Grundstein für ihre grossen Karrieren.

Das Kerninteresse der Studie besteht darin, nachzuerfolgen, wie sich die Moskauer Troika innerhalb der sowjetischen musikalischen Welt positionierte und in ihr und auf sie

<sup>2</sup> Vgl. Marianne Sommer, *History in the Gene. Negotiations Between Molecular and Organismal Anthropology*, in: *Journal of the History of Biology* 41/3 (2008), S. 473–528.

wirkte. In sechs Kapiteln geht Belge unterschiedlichen Aspekten des Schaffens der Troika nach. In einem ersten Teil stehen die institutionellen Rahmenbedingungen im Zentrum, innerhalb derer Denisov, Schnittke und Gubaidulina bei ihrer Gratwanderung zwischen Anschlussfähigkeit und Konventionsbruch navigierten. Diese Rahmenbedingungen waren vom sowjetischen Komponistenverband, der Kulturabteilung des Zentralkomitees sowie internationalen Akteuren geprägt.

Folgerichtig macht Belge in einem zweiten Teil die Mitglieder der Troika als handelnde Individuen innerhalb dieses Koordinatensystems greifbar. Er zeigt auf, dass für Komponistinnen und Komponisten in der Brežnev-Ära Freiräume entstanden. Im Gegensatz zu den Vorgängerregimes Stalins und Chruščevs intervenierte die politische Führung der UdSSR unter Brežnev kaum mehr in der musikalischen Welt. Eine fortschreitende «expertokratische Verwaltungspraxis» (S. 30) machte die Aushandlungsprozesse berechenbarer und umriss die Spielräume und Grenzen für musikalisches Schaffen klarer. Bei der Untersuchung dieser Aushandlungsprozesse bleibt die Studie jedoch zu einseitig. Die Leserinnen und Leser erfahren wenig über die Überlegungen, Logiken und Ziele der «anderen Seite», die die musikalische Welt der UdSSR verwaltete: den Komponistenverband und die Kulturabteilung des Zentralkomitees.

Wie sich die aus leichter Berechenbarkeit entstandenen Entfaltungsmöglichkeiten in den Kompositionen Denisovs, Gubaidulinas und Schnittkes niederschlugen, analysiert Belge im dritten Kapitel. Er zeigt auf, wie sich die Moskauer Troika der Fortführung einer linearen kompositorischen Fortschrittstradition im Sinne der Symphonik verweigerte und die Herausforderungen des Spätsozialismus auf den Notenblättern verhandelte. Während die religiöse Sofia Gubaidulina mit spiritueller Komposition experimentierte, griff Denisov verstärkt auf absurde und surreale Stilelemente zurück. Schnittkes Praxis, aus Kompositionen der Vergangenheit zu zitieren, holte letztere in die Gegenwart und ordnete sie neu an. Der Wolgadeutsche rekonfigurierte das scheinbar monolithische Erbe des russländischen Kanons, was wiederholt zu Konflikten mit Musikkritikerinnen und dem Komponistenverband führte. Damit spiegelte und reproduzierte Schnittke das veränderte Zeitregime der sowjetischen 1970er Jahre, in dem die Vergangenheit als Orientierungsressource marxistischen Fortschrittsnarrativen den Rang abließ.

Von der Komposition auf Papier bis zu deren Erklängen lag jedoch ein weiter Weg. Um ihre Werke auch tatsächlich aufführen zu können, mussten die Komponistinnen und Komponisten der Troika in einem stark von Patronage geprägten Handlungsraum agieren. Beziehungen zu prominenten Instrumentalisten, Journalistinnen und Musikwissenschaftlern im In- und Ausland waren entscheidende Ressourcen, sollte eine Komposition nicht in der Schublade vergilben. Informelle Netzwerke öffneten den zunächst am Rande der offiziellen sowjetischen Musikwelt operierenden Komponistinnen Türen, die ohne sie wohl verschlossen geblieben wären. Insbesondere der Violinist Gidon Kremer und der Dirigent Gennadij Roždestvenskij spielten hierbei eine zentrale Rolle.

In den letzten beiden Kapiteln sprengt die Studie ihren eigenen Rahmen auf produktive Weise in zweierlei Hinsicht: Zum einen verhandelt sie die Beziehungen und Verflechtungen der Moskauer Troika zu Literatur, Filmindustrie und bildender Kunst. Mit diesem Zugang belegt Belge, dass Berechenbarkeit und Expertenherrschaft nicht im gesamten sowjetischen Kulturbetrieb in gleichem Masse Wirkmacht erlangten. So blickten Schriftstellerinnen auch im Spätsozialismus neidisch auf die deutlich grössere Autonomie der sowjetischen Komponisten. Eine zweite Perspektivenerweiterung erfolgt auf der zeitlichen Ebene: In seinem abschliessenden Kapitel analysiert Belge das Wirken der

Moskauer Troika, nachdem das zuletzt primär auf Stabilität bedachte Verwaltungssystem der UdSSR in den 1980er Jahren an seinen eigenen Logiken gescheitert war. Er zeigt auf, wie Globalisierung und Musealisierung die Werke Denisovs, Gubaidulinas und Schnittkes nicht konservierten, sondern transformierten und neuen Deutungen zuführten.

Mit seiner Studie leistet Belge einen wichtigen Beitrag zur Auflösung zweier Dichotomien, welche die historische Analyse der sowjetischen Geschichte auch jenseits musik-historischer Untersuchungsgegenstände prägen. Erstens ist dies die kulturhistorischen Untersuchungen oft zugrundeliegende Trennung von sogenannter «Populär»- und «Hochkultur» entlang der Zuschreibungen «subversiv» und «offiziell». «Populärkultur» ist auch im sowjetischen Kontext nicht per Definition subversiv; genauso wenig sind Werke der «Hochkultur» stets Ausdruck einer durchgeplanten, offiziellen Kulturpolitik. Von grossem Wert für die historische Forschung ist zweitens eine weitere Kernaussage: Die Studie zeigt auf, dass auch die Dichotomie zwischen Dissidenz und Regimetreue infrage zu stellen ist. Denisov, Gubaidulina und Schnittke verhielten sich weder dissidentisch noch stramm linientreu zur KPdSU. Vielmehr belegt ihr Beispiel, dass der sowjetische Spätsozialismus beschränkte Spielräume bot, in denen ein Wirken an der Schnittstelle von Widerspruch und Partizipation möglich war. Nicht zuletzt deshalb ist «Klingende Sowjetmoderne» eine Studie, die weit über die Musikgeschichte hinaus von hoher Relevanz ist. Boris Belge macht Spätsozialismus-Forschenden ein attraktives Orientierungsangebot, wie die Widersprüche und Verschiebungen dieser Epoche zu fassen und zu deuten sind.

*Felix Frey, Universität Bern*

**Moisés Prieto, Zwischen Apologie und Ablehnung. Schweizer Spanien-Wahrnehmung vom späten Franco-Regime bis zur Demokratisierung (1969–1982)**, Köln, Weimar, Wien: Böhlau, 2015 (Zürcher Beiträge zur Geschichtswissenschaft, Bd. 6), 490 Seiten, 11 Abbildungen.

Zwischen der Schweiz und der spanischen Franco-Diktatur gab es erhebliche Unterschiede, im politischen und wirtschaftlichen System ebenso wie in der gesellschaftlichen Grundordnung. Gleichzeitig sind zwischen den so unterschiedlichen Ländern durchaus Ähnlichkeiten zu sehen, etwa in einer ambivalenten Politik der Neutralität im Zweiten Weltkrieg, in einem vehementen Antikommunismus und in den Bemühungen, mit der Europäischen Gemeinschaft vorteilhafte Wirtschaftsbeziehungen zu unterhalten. Daher bietet das Verhältnis der Schweiz zum franquistischen Spanien reizvolle Fragestellungen für historische Analysen. Neben dem Überblickswerk von Sébastien Farré (2005) zu politischen und wirtschaftlichen Beziehungen während des Franquismus standen in den bisherigen Studien vor allem die bilateralen Kontakte in den Jahren des Bürgerkriegs, der Umgang mit den Schweizer «Spanienfreiwilligen» sowie die spanische Immigration in die Schweiz ab den 1960er Jahren im Vordergrund. Das Buch von Moisés Prieto, eine Zürcher Dissertation, widmet sich nun dem Spanienbild der Schweizer Presse vom späten Franquismus bis zum Übergang zur Demokratie.

Ziel der Studie ist es, «die mediale Wahrnehmung, die soziale Sensibilisierung und Thematisierung dieser Epoche der spanischen Geschichte in den Augen der Schweizer Öffentlichkeit» (S. 15) zu beleuchten. Wie in ähnlichen Untersuchungen zur ausländischen Haltung gegenüber dem spanischen Bürgerkrieg oder dem Franco-Regime wird das Spannungsfeld zwischen dem «wahrgenommenen Spanien» und der «wahrnehmenden Schweizer Gesellschaft» (S. 20) als Sonde für die Analyse grundsätzlicher europäischer

Interessen, Ambitionen und Konflikte in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft genutzt. Zentrale Quellenbasis sind Schweizer Zeitungen, Radiobeiträge und Fernsehsendungen, die der Autor mit einem medienhistorischen Zugriff erschliesst. Hinzu kommen Archiven, unter anderem aus dem Schweizerischen Sozialarchiv, dem Archiv für Zeitgeschichte und dem Bundesarchiv.

Der erste, kürzere Teil des Buchs «Kontakte und Engagements» stellt drei zentrale Felder für die Beziehungen zwischen beiden Ländern in den Vordergrund – Wirtschaft, Tourismus und spanische Einwanderung in die Schweiz –, die von einem «verbreiteten gegenseitigen Opportunismus» (S. 100) zeugen. Weiterhin werden Haltungen von ausgewählten Vertretern der Extreme des politischen Spektrums in der Schweiz untersucht: auf der einen Seite die bislang wenig beachtete Bewunderung von James Schwarzenbach für Spanien und Franco, auf der anderen Seite die bis 1976 erscheinenden antifranquistischen Bulletins und Artikel der *Revolutionären Marxistischen Liga* sowie das *Schweizerische Komitee für politische Amnestie in Spanien*, eine Menschenrechtsorganisation.

Der zweite Teil «Medien und mediale Wahrnehmung» bildet den Schwerpunkt der Studie. Vor dem Hintergrund eines allgemeinen Wandlungsprozesses der europäischen Presse, der von zunehmender Medienkonzentration, kommerziellen Notwendigkeiten und politischen und gesellschaftlichen Konjunkturen der 1960er Jahre geprägt war, analysiert der Autor die Schweizer Berichterstattung über Spanien anhand ausgewählter Beispiele. Dies sind zum einen Ereignisse in den letzten Regierungsjahren Francos, wie unter anderem die Ernennung von König Juan Carlos zu Francos Nachfolger, die Hinrichtungen von Oppositionellen sowie der Tod des Diktators. Zum anderen interessieren Prieto Schlüsselmomente im Übergang zur Demokratie wie die Parlamentswahlen, die Annahme der neuen Verfassung, der Staatsbesuch des Königspaares in der Schweiz 1979, der Putschversuch 1981 und der Wahlsieg der Sozialisten 1982.

Zusammenfassend konstatiert der Autor ein hohes Interesse der Schweizer Presse an Spanien und bilanziert, dass sich das Spanienbild in der Schweiz zwischen einer «radikalen, unmissverständlichen und unnachgiebigen Ablehnung der Diktatur» in linken Kreisen einerseits und einer «feierlichen und unverblühten Apologie» (S. 414) in rechten Kreisen andererseits bewegte. Die Öffentlichkeit, wie sie in der medialen Berichterstattung zum Vorschein trat, habe als Opposition gegenüber einer «eigennützigen, wohlwollenden Spanien-Politik des Bundesrates» fungiert (S. 413). Mit der Spanienberichterstattung habe der Schweizer Journalismus eine «Selbstintegration in eine transnationale Öffentlichkeit durch die Teilnahme an einer kollektiven Identität (West-)Europas» vollzogen, die «auf einem sozialdemokratischen, parlamentarischen Demokratie-Verständnis und der resoluten Ablehnung autoritärer Herrschaftsformen und der Massenmorde in jüngster Vergangenheit fusste» (S. 417 f.).

Prietos Studie bestätigt die Ergebnisse anderer Forschungen zur Spanienwahrnehmung westeuropäischer Länder und erweitert diese um die Schweizer Perspektive. Das Buch überzeugt durch eine umfangreiche Materialbasis und akribische Quellenarbeit. Dem formulierten Anliegen, durch die Analyse der Spanienwahrnehmung auch «ein Kapitel Schweizer Sozialgeschichte» (S. 431) zu schreiben, wäre die Studie allerdings durch eine dezidiertere konzeptionelle Ausrichtung nähergekommen: beispielsweise durch eine Schärfung und Ergänzung der qualitativen Medienanalyse im zweiten Teil durch quantitative Verfahren oder – alternativ – durch eine klarere Ausrichtung auf die im ersten Teil diskutierten Akteure, Kontakte und Beziehungen und eine entsprechend heterogenere Quellenbasis jenseits der Presseerzeugnisse. Dies hätte womöglich eine zuge-

spitztere zentrale These respektive noch weitergehende Schlussfolgerungen erlaubt. Insgesamt bietet die Untersuchung jedoch aufgrund ihrer aufschlussreichen empirischen Befunde und der zahlreichen Einblicke, die sie zu diesem immer noch wenig erforschten Thema liefert, ein informatives und hilfreiches Referenzwerk.

Patricia Hertel, Basel

Alexander Hasgall, **Regime der Anerkennung. Kämpfe um Wahrheit und Recht in der Aufarbeitung der argentinischen Militärdiktatur**, Bielefeld: transcript, 2016, 289 Seiten.

Der Autor geht in seiner Dissertationsschrift der Frage nach, inwieweit Anerkennung in Folge von Gewalthandlungen der argentinischen Militärdiktaturen (1976 bis 1983) ein Modell für den Umgang mit staatlicher Repression darstellen kann und darüber hinaus einen alternativen Ansatz für die Konfliktbewältigung traumatisierter Opfergruppen bietet.

Hasgall erarbeitet fundiert epistemologische Grundlagen für das konzeptionelle Verständnis von Anerkennung, die er mit Theorien aus der politischen Philosophie von Honneth, Hegel, Foucault und Bourdieu untermauert. Seine Analyse zeigt die Bedeutung von Anerkennung für die subjektive Dimension bis hin zu ihrem Beitrag für Aussöhnungsprozesse auf nationaler Ebene. Erstens dient Anerkennung der Bewältigung des eigenen Leids der Opfer durch «Bestätigung des Selbstseins» (S. 14). Zweitens trägt sie dazu bei, dass Opfer als diskriminierte Minderheitengruppe in die postautoritäre Gesellschaft integriert werden (S. 242) und fördert den Aufbau einer neuen intersubjektivität zwischen Tätern und Opfern. Die öffentliche Anerkennung des staatlichen Unrechts verankert zudem ein neues Masternarrativ, das im Rahmen von institutionellen Wahrheitskommissionen in den öffentlichen Raum und das kollektive Gedächtnis einer Nation transferiert wird (S. 254).

Die wesentliche Leistung der argentinischen Wahrheitskommission sieht der Autor in der Ausdifferenzierung von faktuellem Wissen und Narrativen (S. 46) und im Aufdecken bisher verschwiegener und verdrängter Verbrechen, wie beispielsweise des Verschwindenlassens von Tausenden von Oppositionellen und Menschenrechtsaktivisten unter den argentinischen Militärregierungen. Darüber hinaus bewirkt die «Anerkennung der Wahrheit» die Initiierung eines neuen sozialkritischen Diskurses über die Vergangenheit und die Etablierung einer neuen Memorialkultur (S. 249), welche neue Herrschaftsformen und Mächteverhältnisse in jungen Demokratien stabilisiert durch die Aberkennung der vorherigen autoritären Instanzen. Anerkennung stellte in Argentinien nicht nur eine Prämisse für Aussöhnungsprozesse zwischen Täter- und Opfergruppen dar, sondern hatte ebenso Auswirkung auf den *Transitional Justice* Prozess der 1990er Jahre im Rahmen der strafrechtlichen Aufarbeitung der menschenrechtlichen Vergehen.

Im Zentrum der epistemologischen Fallstudienanalyse stehen die argentinische Wahrheitskommission CONADEP (*Comisión Nacional sobre la Desaparación de Personas*) und die vielfältigen Dimensionen von Anerkennung in deren Wirken. Unter «*truth seeking*» versteht der Autor einen dynamischen sozialen Prozess (S. 46), dessen wesentlicher Beitrag darin liegt, den bisher Stimmlosen eine Stimme zu verleihen. Der Autor zeigt auch die Grenzen dieser institutionellen Praxis auf und beschreibt ihren hegemonialen Charakter im Rahmen des argentinischen Nationenbildungsprozesses. Versiert und unter Einbeziehung der umfangreichen englischen, deutschen und argentinischen Forschungsliteratur skizziert der Autor die Kommissionsarbeit, die im Wesentlichen den Nachweis der Verbrechen, die Identifikation der Schuldigen und deren Schuldeingeständnisse gegen-



über den Opfern beinhaltete und dadurch zur Schaffung einer neuen historischen Wahrheit beitrug. Darüber hinaus konnte die CONADEP, wenn auch nicht ohne Hürden, durchaus ihrem Anspruch auf *Justicia* und *Verdad* gerecht werden, indem sie beispielsweise umfangreiche Beweismittel zusammentrug für spätere strafrechtliche Prozesse gegen die führenden Militärs, die massgeblich zum Absetzen der alten Eliten und zum endgültigen Machtwechsel beitrugen. Der reformorientierte Systemübergang unter der Alfonsínischen Regierung (1982–1993) begründete zunächst einen gewissen Raum der «Rechtslosigkeit für die Opfer» (S. 14). Zwar begünstigte der politische Kompromiss zwischen alten Militärs und neuen Eliten und die partielle Straffreiheit die Beteiligung von Opfern und Tätern an der institutionalisierten Aufarbeitung. Jedoch führte die staatlich verordnete Aussöhnungspolitik unter der falschen Voraussetzung einer nationalen Schlussstrichpraxis zunächst nicht zum erwünschten Erfolg eines nationalen Erkenntnisprozesses über die diktatorische Vergangenheit. Diese Form der einseitigen Aussöhnungspolitik provozierte hingegen Gegenreaktionen in der Zivilgesellschaft, vor allem in den Opfer- und Angehörigenverbänden, wie den *Madres de Plaza de Mayo*, die an Massenkundgebungen ein neues öffentliches Bewusstsein für die weitere Aufarbeitung der Vergangenheit schufen, Rehabilitationsgesetze für die Opfer forderten und auf die Notwendigkeit weiterer strafrechtlicher Prozesse verwiesen. Durch den wachsenden öffentlichen Druck wurden Schuldgeständnisse von Tätern – so zum Beispiel jenes des ehemaligen Korvettenkapitäns und für die Todesflüge mitverantwortlichen Adolfo Scilingo – erst möglich (S. 211). Diese Form der Anerkennung von individueller Schuld stellte nicht nur einen moralischen Meilenstein im öffentlichen Erkenntnisprozess zu den Verbrechen der argentinischen Militärdiktaturen dar. Die individuellen Zeugnisse aus Täterperspektive vermittelten zudem neues Wissen über Ursache und Ausmass der Gräueltaten und dienten als Lehrstunde für nachlebende Generationen.

Hasgall schliesst mit seinem Brückenschlag zwischen Philosophie und Vergangenheitspolitik eine wesentliche Forschungslücke in der deutschen Forschungslandschaft. Seine Ergebnisse ergänzen zudem neuere Erkenntnisse aus der Sozialpsychologie.<sup>3</sup> Sein Werk stellt einen wesentlichen Beitrag zur internationalen Transformations- und Versöhnungsforschung dar und ist nicht nur für Akademiker und Praktiker, sondern auch für politische Entscheidungsträger empfehlenswert. Im Gedächtnis bleibt der eindringliche Appell des Autors an die unbelastete Generation in Argentinien, das einst von den zivilgesellschaftlichen Akteuren wie den *Madres de Plaza de Mayo* erkämpfte Wissen um das begangene Unrecht nicht in Vergessenheit geraten zu lassen.

Maria Palme, Europa-Universität Flensburg

Stefan Howald, **Links und bündig. WOZ Die Wochenzeitung. Eine alternative Mediengeschichte**, Zurich: Rotpunktverlag, 2018, 360 pages, 43 illustrations.

C'est à l'hebdomadaire alémanique *WOZ Die Wochenzeitung* que Stefan Howald – journaliste et rédacteur au sein du journal depuis 2010 – consacre son dernier ouvrage. Divisé chronologiquement en six volets, son étude historique retrace les étapes parcourues par la *WOZ*, organe critique de contre-information qui tire à 15–16'000 exemplaires, depuis sa création en 1981 jusqu'à l'année 2017, proposant un panorama balayant toute la vie du journal. La *WOZ* y est présentée en articulation avec les évolutions sociales et

3 Nurit Shnabel, Arie Nadler, Daphna Canetti-Nisim, Johannes Ullrich, «The Role of Acceptance and Empowerment in Promoting Reconciliation from the Perspective of the Needs-Based Model», in: *Social Issues and Policy Review*, 3/1 (2008), S. 159–186.

médiatiques ayant touché la Suisse depuis 1981, des «Jugendunruhen» à Zurich à la fameuse votation fédérale du 9 février 2013 en passant par la remise en cause de l'image enchantée de la Suisse dans le cadre du 700<sup>e</sup> anniversaire de la Confédération.

La perspective empruntée est double. D'une part, par une analyse de contenu ciblée, Howald met en lumière certains des points forts traités par le journal à différentes époques. D'autre part, et cet aspect constitue l'un des apports les plus intéressants, il reconstruit l'histoire économique et les principes d'organisation de la WOZ, ainsi que les débats internes, parfois houleux, agitant la coopérative «infolink» – éditrice du journal et qui regroupe les membres de la rédaction et de l'administration. Il offre ainsi un regard, qu'on aimerait parfois plus perçant, sur les conditions sociales de production du journal. La mise en relation de ces deux points de vue permet de suivre en parallèle l'évolution du concept journalistique porté par le collectif et l'impact de cette évolution sur le contenu, le ton et la mise en page de la WOZ. Le contenu, politiquement marqué à gauche sans être dogmatique ni homogène, et le mode d'organisation et de financement, guidé par un souci de démocratie interne et d'indépendance face au marché, constituent précisément les caractéristiques atypiques de la WOZ, lui conférant sa place singulière au sein du champ médiatique suisse – aujourd'hui plus encore qu'en 1981. Conséquences de ces traits: une instabilité financière chronique, du moins jusqu'en 2005, qu'illustrent les campagnes de soutien périodiques dont le succès témoigne de la solidité de sa base arrière, ainsi qu'un flou interne caractérisant les différents niveaux de compétences et de décision que Howald restitue par l'étude méticuleuse des sources internes, complétées par une trentaine d'entretiens menés. C'est d'ailleurs pour répondre à une urgence financière qu'est fondée en 1984 l'association de soutien «ProWoZ», regroupant rapidement 400 personnes (954 en 2016) et dont le but est de garantir l'indépendance rédactionnelle et économique du journal tout en s'interdisant toute prise d'influence sur le contenu. Signe de son importance, ProWoZ finance un fonds de recherche dès 1985, donnant à la WOZ les moyens de mener des enquêtes fouillées qui fondent du reste sa réputation.

Issue de la matrice des revues alternatives fondées au cours des «années 68», la WOZ est structurée selon des principes d'autogestion et d'autonomie, dont la politique du salaire égal pour tous et toutes et l'absence d'un-e rédacteur-trice en chef sont parmi les manifestations les plus visibles. À travers le parcours diachronique, le/la lecteur-trice perçoit les contraintes liées à ces principes directeurs qui s'expriment par des remises en cause périodiques du fonctionnement, à l'instar de la question récurrente d'une professionnalisation de la direction. Par ailleurs, l'auteur montre les effets des luttes de pouvoir, dont les lignes d'opposition suivent parfois les différences de génération ou de genre, sur la forme du journal: ainsi lors de la grande crise traversée en 2003–2005 – accompagnée pour la première fois de licenciements, brisant ainsi un tabou, et de l'institution d'une direction rédactionnelle – qui voit s'affronter deux conceptions en vue de la cure d'amaigrissement que doit subir la publication. Ces luttes se manifestent également sur le plan du contenu et Howald décrit comment l'économie interne du journal – où la politique suisse surtout, mais aussi l'étranger et la culture tiennent le haut du pavé – est le résultat de négociations internes, mais aussi externes, comme en témoignent les liens parfois étroits entretenus avec divers mouvements en quête de visibilité médiatique et qui dessinent un tissu de relations plus ou moins dense aux contours mouvants.

Si le livre s'adresse à un large public intéressé, il laisse sur sa faim celles et ceux qui voudraient en savoir davantage, par exemple, sur la fonction sociale assumée par un tel média, les propriétés sociales des coopérateurs-trices ou la position occupée par la WOZ

au sein du champ médiatique suisse. De fait, l'auteur renonce à l'utilisation des apports théoriques de la sociologie des médias – appareil critique excepté, aucune bibliographie n'est mentionnée – et ne parvient pas toujours à éviter l'écueil d'une approche par trop descriptive. Reste que *Links und bündig* constitue un ouvrage passionnant, richement illustré, au style élégant et dont les apports pour l'histoire de la presse suisse sont loin d'être négligeables. Plus important peut-être, en documentant l'histoire de la WOZ de manière dépassionnée malgré une certaine proximité affective, Howald laisse entrevoir que des alternatives au mode de fonctionnement dominant du champ médiatique peuvent sous certaines conditions se révéler pérennes et atteindre un public relativement important – en témoignent en 2018 les 16'000 abonné-e-s.

*Pierre Evéquoz, Université de Fribourg*

